

Egbert Scheunemann

Griechenlands Staatsbetriebe im Zwangsverkauf

Vom aussichtslosen Versuch, die griechischen
Staatsschulden durch Privatisierungserlöse zu senken



Egbert Scheunemann

Griechenlands Staatsbetriebe im Zwangsverkauf

Vom aussichtslosen Versuch, die griechischen
Staatsschulden durch Privatisierungserlöse zu senken

DEZEMBER 2016

Inhalt

7	I Einleitung	9	II Rückblick: Die Entwicklung der griechischen Staatschuldenkrise seit 2008
21	III Theoretische Vorteile und Nachteile der Privatisierungen	27	IV Privatisierung öffentlichen Eigentums in Griechenland
43	V Die Folgen der Privatisierungen	48	VI Fazit
54	VII Quellen- und Literaturverzeichnis		

I Einleitung

Die griechische Staatsschuldenkrise und die Versuche ihrer Lösung sind seit dem Ausbruch der internationalen Banken- und Finanzmarktkrise im Jahr 2008 ein zentrales Thema der politischen Auseinandersetzung in Griechenland, Deutschland und der gesamten Europäischen Union (EU). Die Kredithilfen, die Griechenland von der EU, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) seit 2010 in Form von inzwischen drei Hilfspaketen gewährt wurden, waren und sind an strenge Auflagen gebunden. Dazu gehören massive Haushaltskürzungen vor allem im Sozialbereich (Gesundheits- und Rentensystem etc.), ein rigoroser Abbau der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die teilweise drastische Kürzung der Entgelte der verbliebenen Staatsbediensteten und auch Auflagen, staatliches Eigentum (Immobilien, Infrastruktureinrichtungen wie die Staatsbahn, Flughäfen oder Seehäfen etc.) zu privatisieren, also zu veräußern oder zu verpachten. Die Einnahmen aus den Privatisierungen sollen zur Rekapitalisierung griechischer Banken, zur Tilgung der Staatsschulden, aber auch für Investitionen genutzt werden. Von den privatisierten Betrieben erhofft sich die Troika aus EU, EZB und IWF Service- und Effizienzgewinne, eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands sowie steigende Steuereinnahmen.

In dieser Studie sollen die Entwicklung und der gegenwärtige Stand der Privatisierungen von Schlüsselsektoren der griechischen Volkswirtschaft analysiert und die Folgen – faktische wie wahrscheinliche Gewinne und Verluste – für den griechischen Staat, die griechische Bevölkerung und die neuen Eigner dargestellt werden. Dabei wird zunächst ein Rückblick auf die Entwicklung der griechischen Staatsschuldenkrise seit 2008 und der bisher vergeblichen, ja im Ergebnis

kontraproduktiven Versuche gegeben, sie zu überwinden, denn ohne diese Staatsschuldenkrise wäre es nie zur gegenwärtigen, Griechenland von seinen Gläubigern abverlangten Austeritäts- und Privatisierungspolitik gekommen. Die detaillierte Darstellung der griechischen Staatsschulden, ihrer Entstehung, ihres Charakters und ihrer Dimensionen, gibt auch ein erstes «Gefühl» dafür, wie schwer, womöglich sogar aussichtslos der Versuch ist und sein wird, sie primär oder auch nur in irgendeinem relevanten Maße über Privatisierungserlöse abzutragen (II). Daran schließt sich ein kurzer, eher theoretischer Abriss der vermuteten oder propagierten Vor- und Nachteile von Privatisierungen öffentlichen Eigentums und öffentlicher Betriebe an (III). Vor diesem Hintergrund erfolgt dann die detaillierte Beschreibung der in Griechenland bislang vorgenommenen Privatisierungen in zentralen volkswirtschaftlichen, ehemals staatseigenen Bereichen, eine Bilanzierung der dabei erzielten Einnahmen sowie ein kurzer Blick auf die in naher Zukunft zu erwartenden Privatisierungserlöse (IV). Welche manifesten und mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Folgen diese Privatisierungen für den griechischen Staat, die griechische Bevölkerung und die neuen Eigner haben, soll im Anschluss daran analysiert werden (V). Im Fazit (VI) werden die grundlegenden Ergebnisse dieser Untersuchung schließlich zusammengefasst und ein kurzer Ausblick auf die nahe Zukunft gegeben.

Empirische Grundlage dieser Studie waren Quellen und Veröffentlichungen der involvierten Akteure: etwa der griechischen Privatisierungsbehörde (HRADF – Hellenic Republic Asset Development Fund), der EU-Kommission, des deutschen Wirtschafts- und Finanzministeriums, der Deutschen Bundesbank, der Statistikämter (Destatis, Eurostat etc.), aber auch relevante Sekundärliteratur: wirtschafts-, politik- und sozialwissenschaftliche Fachartikel, Publikationen von Wirtschaftsorganisationen oder Nichtregierungsorganisationen sowie Meldungen, Artikel und Dossiers aus seriösen Print- und Onlinemedien zum Thema Griechenlandkrise.¹

¹ Vgl. das Quellen- und Literaturverzeichnis am Ende der Studie.

II Rückblick: Die Entwicklung der griechischen Staatschuldenkrise seit 2008

Mit dem Ausbruch der internationalen Banken- und Finanzmarktkrise 2008 und dem Versuch, sie durch milliarden- bzw. – weltweit betrachtet – billionenschwere Bankenrettungs- und Konjunkturprogramme zu überwinden, stieg die Staatsverschuldung in den betroffenen (vor allem) westlichen Industrieländern massiv an. In der Eurozone (19 Länder) stieg die Staatsschuldenquote (gemessen am BIP, dem Bruttoinlandsprodukt) von 64,9 % (2007) auf 92 % (2014),¹ in der EU (28 Länder) im gleichen Zeitraum von 57,8% auf 86,8 % (Eurostat 2016a). Selbst in Deutschland, also im Lande des «Exportweltmeisters» (gemessen an den Exporten pro Kopf) und damit in einer der erfolgreichsten Ökonomien der Welt, stieg die Staatsschuldenquote von 63,5 % (2007) auf zwischenzeitlich 81 % (2010). Sie sank dann im Zuge verschiedener Konjunkturförderungsprogramme (Altauto-Abwrackprämie, Kurzarbeitergeld etc.), neuen Wirtschaftswachstums (ab 2010) und sich erholender Reallöhne – und damit steigender Nachfrage und steigenden Staatseinnahmen – auf 74,7 % (2014), auf einen Wert also, der noch immer mehr als zehn Prozentpunkte über dem Vorkrisenwert lag (ebd.).²

¹ Der Bezug geht hier nur bis zum Jahr 2014, weil es den Höhepunkt der Entwicklung markiert. Zu den Daten für das Jahr 2015 siehe Eurostat 2016a.

² Beim Rückgang der deutschen Staatsschuldenquote spielte und spielt auch der schrittweise Abbau der sogenannten Bad Banks eine Rolle. 2010 lagerte etwa allein die «verstaat-

Einsamer EU-Spitzenreiter in Sachen Staatsverschuldung war über den gesamten Zeitraum von 2007 bis 2014 (und bis heute) Griechenland. Hier lag die Quote der Staatsschulden am BIP schon 2007 bei 103,1 % und sie stieg bis 2014 auf den Spitzenwert von 180,1 % (2015: 176,9 %) (ebd.). Als Gründe für die schon vor dem Ausbruch der jüngsten internationalen Banken- und Finanzmarktkrise sehr hohe griechische Staatsverschuldung können genannt werden: die über Jahrzehnte anhaltenden Handels- und Leistungsbilanzdefizite aufgrund mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Volkswirtschaft (die durch Wechselkursangleichungen im Euro-Raum nicht mehr zu kompensieren waren), die hohen (nur zeitweise durch «kreative Buchführung» zu kaschierenden) Staatshaushaltsdefizite, die mangelnde Effizienz der staatlichen Verwaltung, Betriebe und Infrastruktur, überhöhte Rüstungsausgaben und große Mängel bei der Eintreibung von Steuern. Das Defizit der griechischen Handelsbilanz – die Handelsbilanz ist der beste Ausdruck der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft – vergrößerte sich von minus 37,16 Mrd. US-\$ im Jahr 2005 auf minus 66,2 Mrd. US-\$ im Jahr 2008, bevor es sich bis 2015 auf minus 19,8 Mrd. US-\$ verringerte (Statista 2016a). Das geschah aber nicht, weil Griechenlands Konkurrenzfähigkeit gestiegen wäre, sondern aufgrund krisenbedingt massiv zurückgehender Importe. Zum Vergleich der Größenordnungen: Das BIP Griechenlands betrug im Jahr 2008 nur 356,14 Mrd. US-\$ (Statista 2016b), die Staatseinnahmen im selben Jahr nur 98,35 Mrd. € (was beim damaligen Kurs etwa 156,28 Mrd. US-\$ entsprach) (Statista 2016c). Die der EU zunächst und vor Ausbruch der Krise gemeldeten Haushaltsdefizite des griechischen Staates (gemessen am BIP) schwankten von 1997 bis 2009 zwischen 1,4 % und 6,1 % – die 2009 dann offiziell zugegebenen realen Defizite aber zwischen 2,9 % und 12,5 % (Statista 2016d; Mussler/Hermann 2009).

Griechenland lebte also de facto Jahrzehnte über seine Verhältnisse, es importierte weit mehr, als es exportierte, der griechische Staat gab

lichte Hypo Real Estate mit Unterstützung des Bundes Risikokredite und Randgeschäfte im Wert von 175 Milliarden Euro in eine Bad Bank aus» (Döring 2012).

weit mehr aus, als er einnahm. Diese Defizite wurden durch immer weiter wachsende Schulden finanziert, bis Griechenland Gefahr lief, zahlungsunfähig zu werden. Das war spätestens 2010 der Fall, als die Bekanntgabe der real weit höheren Defizite des griechischen Staatshaushalts (und anderer schlechter Wirtschaftsdaten) zu einem massiven Anstieg der Zinsen (Risikoprämien) für griechische Staatsanleihen führte – auf zeitweise (2011) bis zu 25 % (vgl. Zschäpitz 2011). Noch heute (Juni 2016) muss Griechenland für zehnjährige Staatsanleihen auf dem Kapitalmarkt 7,89 % Zinsen bezahlen, weit mehr als doppelt so viel wie Portugal (3,19 %) und das Zifache dessen, was die USA (1,64 %) oder Deutschland (0,01 %) ihren Gläubigern bezahlen müssen (Statista 2016e).

Griechenland geriet also in die klassische Schuldenfalle: Die grundsätzlich (und theoretisch ewig) mögliche Ablösung alter durch neue Kredite kommt dann zu einem Ende, wenn die kumulierten Zinsen und Zinseszinsen die realwirtschaftlichen Möglichkeiten des Schuldners, sie zu begleichen, mehr und mehr übersteigen und ihn irgendwann zahlungsunfähig machen. Langfristig verwandelt sich auf diesem Weg jede anfängliche Schuld (die schon lange getilgt sein kann) in sich immer weiter kumulierende Zinseszinsen, vor allem dann, wenn die Zinsen auch noch, wie im Falle griechischer Staatsanleihen, massiv steigen. Irgendwann zahlt der Schuldner nur noch «zurück», was er nie bekommen hat: Zinseszinsen.³ Und irgendwann, wenn die

³ Diese Zusammenhänge werden selbst in Fachkreisen nicht immer klar gesehen. Ein Wirtschaftswissenschaftler, der (neben vielen anderen) meine Studie in einem ersten Entwurf Korrektur gelesen hat, schrieb mir: «Der Staat ist nicht dann ruiniert, wenn die Zinseszinsen zu hoch sind. Ein Staat ist dann ruiniert, wenn er nicht genügend Kreditgeber findet, die ihm Geld für die Ablösung alter Schulden leihen wollen [das sind natürlich zwei Seiten einer Medaille; E.S.]. Das ist viel früher der Fall. So weit, dass Zinseszinsen einem Staat das Genick brechen, kommt es nie. Ganz abgesehen davon sind Zinseszinsen eine Konstruktion fürs Sparbuch. Bei Krediten gibt es keine Zinseszinsen, sondern Tilgungen inklusive Zinsen und Umschuldungen nach Ablauf des Kredits.» Ich entgegnete ihm Folgendes: «Falsch. Der klassische Fall ist, dass die Schulden, die umgeschuldet werden müssen, höher sind als die ursprünglichen (dass auch wirklich neue, also zusätzliche Nettokredite hinzukommen können, ändert nichts) – und das sind sie aufgrund der angefallenen Zinsen. In den neuen Krediten sind sie implizit enthalten, auch wenn sie als solche natürlich nicht deklariert sind. Nach der Umschuldung gibt es nur «neue» Schulden bzw. neue «Schulden», und das Spiel

Zinseszinsen langfristig schneller steigen als das Einkommen, kann er überhaupt nicht mehr zahlen und ist ruiniert.⁴

Um aus dieser Schuldenfalle herauszukommen, beantragte Griechenland im April 2010 ein erstes kreditäres Hilfspaket bei der EU bzw. Eurogroup (Eurozonen-Ländervertreter, EZB, EU-Kommission) und dem IWF;⁵ der geplante Umfang betrug 110 Mrd. €, tatsächlich ausbezahlt wurden 73 Mrd. € (European Commission 2016a).⁶ Schon im März 2012 war ein zweites Hilfsprogramm notwendig (geplant: 172,6 Mrd. €, ausbezahlt: 153,8 Mrd. €) und im August 2015 dann ein drittes (geplanter Umfang bis 2018: 86 Mrd. €). Insgesamt wurde Griechenland von der sogenannten Troika bzw. – nach dem Hinzu kommen des ESM – «Quadriga» (Tagesschau.de 2015) also ein Kreditspielraum von 368,6 Mrd. € gewährt – eine sehr stattliche Summe, wenn man bedenkt, dass das griechische BIP 2015 nur (noch)

geht von vorne los. Man kann Zinseszinsen so schön verschleiern – ob gewollt oder nicht.» Zur Verdeutlichung: Zahlt ein Schuldner während oder nach Ablauf der Frist (die über Jahre gehen kann) zum Beispiel insgesamt das 1,3-Fache seiner ursprünglichen Schuld zurück (Schuldtilgung plus Zinseszinsen über den Tilgungszeitraum) und finanziert er dies über neue Kredite, dann ist er (unter Annahme sonst gleicher Tilgungsfristen und Zinssätze) am Ende der zweiten Tilgungsperiode schon beim 1,69-Fachen der ursprünglichen Schuld und am Ende der dritten beim 2,197-Fachen. Die Zinseszinsen übersteigen die ursprüngliche Schuld also schon nach der dritten Periode.

⁴ Der klassische Fall ist der Häuslebauer, der das anfängliche Baudarlehen der Höhe nach eigentlich schon lange abbezahlt (getilgt) hat, aber etwa aufgrund von längerfristiger Arbeitslosigkeit oder Krankheit die schneller als seine Tilgungen wachsenden Zinseszinsen nicht mehr bezahlen kann und schließlich sein Haus an die Bank verliert und zwangsweise daraus ausziehen muss.

⁵ Die European Financial Stability Facility (EFSF) als Kern des sogenannten Euro-Rettungsschirms wurde erst im Juni 2010 gegründet, ihre Nachfolgeorganisation, der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), erst im September 2012.

⁶ Auf dieser Website der Europäischen Kommission finden sich sämtliche relevanten EU-offiziellen Dokumente zum Thema «Financial assistance to Greece», also zu den bislang drei kreditären Hilfspaketen von EU, EZB und IWF (und inzwischen ESM) zugunsten Griechenlands. Alle oben genannten Daten zu den Hilfsprogrammen entstammen dieser Quelle – falls nicht ausdrücklich andere Quellen zitiert werden. Nur im Falle direkter Zitate aus einem dieser Dokumente wird es als Quelle konkret angegeben. Als komprimierte, gut lesbare Datengrundlage vgl. auch die Broschüre «Europäische Finanzhilfen im Überblick» des deutschen Bundesministeriums der Finanzen (BMF 2016: 14–17 u. 26f.; zum dritten Hilfspaket an Griechenland vgl. auch BMF 2015).

176 Mrd. € betrug (Europäische Union 2016a). Was Griechenland seit 2010 an Hilfskrediten insgesamt gewährt (368,6 Mrd. €) bzw. bis 2015, dem Startjahr des dritten Programms, tatsächlich ausbezahlt wurde (215,9 Mrd. €), entspricht also mehr als dem Doppelten bzw. dem ca. 1,3-Fachen des gesamten griechischen BIP des Jahres 2015.

Was ist mit all diesem Geld geschehen? Warum ist es dennoch zu einem dramatischen Wirtschaftseinbruch gekommen? Warum schrumpfte das griechische BIP seit 2008 trotzdem um gut ein Viertel (Statista 2016f)? Warum schnellte die Arbeitslosigkeit dessen ungeachtet auf zeitweise (2013) über 27 % hoch (2015: 25 %) (Statista 2016g)? Warum stieg die griechische Staatsverschuldung seit 2010, dem Jahr der Gewährung der ersten Kredithilfen, dennoch von 146,2 % auf 176,9 % (2015), also um über 30 Prozentpunkte an (Eurostat 2016a)?

Es gibt zwei Antworten auf diese Fragen: Erstens ist fast nichts von diesen riesigen Summen wirklich in Griechenland und speziell beim griechischen Staat angekommen – ja es sind (in Form von Tilgungen und Zinszahlungen) mehr Gelder von Griechenland in die Gläubigerländer geflossen als umgekehrt. Und zweitens waren die Griechen von der EU, der EZB, dem IWF und inzwischen dem ESM gewährten Kredite an Bedingungen einer rigiden Sparpolitik (Austeritätspolitik), einer «brutalen Gesundschumpfungskur» (Krätke 2015: 6) geknüpft, deren Erfüllung – so die (nicht nur) hier vertretene These – zwingend zu diesem katastrophalen Wirtschaftseinbruch samt Einbruch der Steuerbasis führen musste.

Zum ersten Grund: Die beiden Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Rocholl und Axel Stahmer von der ESMT (European School of Management and Technology in Berlin)⁷ haben in ihrer mustergültigen Studie «Where did the Greek bailout money go?» (Rocholl/Stahmer 2016) auf der Basis von Daten vor allem der EU, der EZB, des IWF, der EFSF bzw. des ESM detailliert nachgewiesen, dass «only €9.7 billion

⁷ Die ESMT als staatlich anerkannte private Hochschule wird, wie man ohne Übertreibung sagen kann, von der Crème der deutschen Wirtschaft getragen; vgl. <https://de.esmt.org/ueber-die-esmt/daten-und-fakten>. Sie ist linker Umtriebe also völlig unverdächtig.

or less than 5 % of the total amount of €215.9 billion being distributed in the 1st and 2nd programme were not used for debt-related payments and bank recapitalizations and thus *directly contributed to the Greek fiscal budget*. In contrast, €139.2 billion or more than 64 % were used to repay the existing debt and serve interest payments. Furthermore, €37.3 billion or 17 % were used to recapitalize Greek banks, while the remaining €29.7 billion or 14 % provided incentives for investors to engage in the Private Sector Involvement (PSI) in March 2012. [...] This paper provides a descriptive analysis of where the Greek bailout money went since 2010 and finds that, *contrary to widely held beliefs*, less than €10 billion or a fraction of less than 5 % of the overall programme [diese Zusammenfassung bezieht nun auch das dritte Programm mit ein; E.S.] went to the Greek fiscal budget. In contrast, *the vast majority of the money went to existing creditors in the form of debt repayments and interest payments*. The resulting risk transfer from the private to the public sector and the subsequent risk transfer within the public sector from international organizations such as the ECB and the IMF to European rescue mechanisms such as the ESM still constitute the most important challenge for the goal to achieve a sustainable fiscal situation in Greece» (ebd.: 4 u. 19; Hervorhebungen E.S).

Die restlichen 95 % der kreditären Hilfen des ersten und zweiten Programms gingen an die vor allem privaten Gläubigerbanken im Ausland (speziell in Deutschland und Frankreich), an griechische Banken oder in Form von Anreizen an private Gläubiger, sich am Umschuldungsprogramm (PSI)⁸ zu beteiligen. Privaten Gläubigern wurde ihr Risiko abgenommen, öffentliche Gläubiger haben es übernommen. Griechenland hat im Zeitraum und Kontext des ersten und zweiten Hilfsprogramms insgesamt 52,3 Mrd. € Zinsen an seine Gläubiger bezahlt (ebd.: 4 u. 11). Und im Kontext des dritten Programms, das seit 2015 läuft und bis 2018 laufen soll, werden es nochmals 17,8 Mrd. € sein (ebd.: 15). Insgesamt wird Griechenland bis 2018 also 70,1 Mrd. €

⁸ «The purpose of the PSI payments was to allow and provide appropriate incentives for the Greek government debt restructuring in March 2012» (Rocholl/Stahmer 2016: 12).

an Zinsen an seine Gläubiger gezahlt haben. Das sind fast 40 % der gesamten Wirtschaftsleistung Griechenlands des Jahres 2015. 5 % der insgesamt 215,9 Mrd. € Kredithilfen, die Griechenland in der Summe der beiden ersten Programme, also bis 2015 bekommen hat, sind gerade einmal 10,8 Mrd. € – nur sie sind in den griechischen Staatshaushalt (und damit, zumindest indirekt, an die Bevölkerung) geflossen.

Zurückzuzahlende Kredite in Höhe von 10,8 Mrd. € für die Griechen – und 70,1 Mrd. € nicht zurückzuzahlende Zinsen an die nichtgriechischen Gläubiger. Das ist also die Quintessenz der «Hilfen», die EU, EZB, IWF und ESM Griechenland gewährt haben (bzw. anteilig bis 2018 gewähren). Wir erinnern uns: Wer in die Schuldenfalle gerät, zahlt irgendwann nur noch «zurück», was er nie bekommen hat:⁹ Im Saldo zahlte und zahlt Griechenland also weit mehr an die Gläubigerländer als diese an Griechenland. Deutlicher formuliert, aber vollkommen der Wahrheit entsprechend: EU, EZB, IWF und ESM bereichern sich an der Arbeit des griechischen Volkes – und auch, wie später zu zeigen sein wird, am griechischen Volksvermögen.¹⁰

⁹ Dieser Zusammenhang gilt übrigens auch dann, wenn es, wie in Griechenland 2012 der Fall, zu einem Schuldenschnitt (*haircut*) kommt, der nicht hinreichend tief ist, um aus der Schuldenfalle herauszukommen: «Put differently, the nominal gross debt relief resulting from the €107.1 billion haircut and from the €20.6 billion bond buyback programme was significantly reduced by the need to finance the HFSF [Hellenic Financial Stability Fund; E.S.] and PSI [Private Sector Involvement; E.S.] payments of €37.3 billion and €34.6 billion, respectively. The overall debt burden only decreased €51.3 billion from 2011 to 2012» (Rocholl/Stahmer 2016: 14). Bei solchen nicht hinreichend tiefen Schuldenschnitten «verzichten» Gläubiger häufig nur auf Forderungen, die – in the long run – in hohem Maße aus kumulierten Zinseszinsen bestehen, also auf etwas, was sie nie gegeben hatten.

¹⁰ Das oben Gesagte gilt auch dann, wenn man berücksichtigt, dass die Umschuldungen in Form der drei Hilfspakete zu einer rigiden Senkung der Zinsen geführt hat, die Griechenland nun an seine neuen Gläubiger (EU, EZB, IWF und ESM) zahlen muss – was grundsätzlich ein richtiger und begrüßenswerter Schritt war. Und es gilt auch dann, wenn man berücksichtigt, dass Teile (!) dieser neuen, niedrigeren Zinsen an die EZB gezahlt werden, die diese wieder an Griechenland (bzw. die griechische Notenbank) zurückzahlt. Solange der IWF-Vorschlag, die griechischen Staatsschulden vollständig zinsfrei zu stellen (davon gleich mehr), nicht realisiert ist, zahlt im Saldo Griechenland mehr, als es bekommt (bekam). Definitiv.

Zum zweiten Grund: Die Frage, warum der bislang gewährte Kreditspielraum von 368,6 Mrd. € bzw. die bis 2015 real ausbezahlten Kredithilfen von 215,9 Mrd. € der griechischen Wirtschaft nicht geholfen haben, ist mit den bisher genannten empirischen Belegen notwendig und hinreichend beantwortet: Im Saldo gab es keine Hilfen, im Saldo zahlte und zahlt Griechenland mehr an seine Gläubiger als diese an Griechenland.¹¹ Geholfen wurde vor allem nichtgriechischen Privatbanken, ihre griechischen Staatsanleihen und das damit verbundene Kreditrisiko loszuwerden. Es bleibt die Frage zu klären, warum Griechenland in der Zeit dieser kreditären Hilfsprogramme einen Zusammenbruch seiner Volkswirtschaft und in der Folge seines Staatshaushalts und seiner Sozialsysteme erlebte, der in der Nachkriegsgeschichte der westlichen Industriestaaten seinesgleichen sucht, und zwar mit weitestem Abstand.¹²

Hier wird die These vertreten, dass dieser wirtschaftliche Zusammenbruch eine direkte und auch zwingende Folge der rigiden Sparpolitik (Austeritätspolitik) war und ist, die Griechenland von der EU, der EZB, dem IWF und dem ESM als Bedingung für die Vergabe von Krediten auferlegt, ja aufgeherrscht wurde und noch immer wird.¹³ Selbst

11__ Das ist natürlich ein Zusammenhang, der so wahr wie banal ist: Kein Gläubiger (von Altruisten abgesehen, die es in der Geschäftswelt aber nur selten gibt) würde Kredite geben, wenn er nicht mehr zurückbekäme (in Form von Risikoprämien, also Zins und Zinseszins), als er gegeben hat.

12__ Die detaillierte Darstellung der vielfältigen Erscheinungsformen dieses Zusammenbruchs – vom massiven Rückgang des griechischen BIP bis zum drastischen Wachstum der Staatsschulden und der Massenarbeitslosigkeit, vom steilen Anstieg der Selbstmordrate, der Massenarmut, der Zahl der Obdachlosen und Auswanderer (vor allem junger, qualifizierter Fachkräfte; vgl. z. B. Ehrenfried 2013) bis zum Niedergang des griechischen Gesundheitssystems mit steil ansteigenden HIV-Infektionszahlen und gar einem Neuausbruch von Malaria (zum Zerfall der Gesundheitsversorgung in Griechenland vgl. v.a. die informationsreichen Arbeiten von Stuckler/Basu 2014 und Karamanoli 2015) – würde den Rahmen dieser Studie sprengen. Auch nur halbwegs politisch Interessierte haben in den letzten Jahren die unzähligen Berichte über die Sozialzerstörungen in Griechenland als Folge der aufgezwungenen rigiden Sparpolitik in den Medien verfolgen können.

13__ Mit welchen – zurückhaltend formuliert – nicht immer ganz feinen und demokratischen Methoden EU, EZB und IWF dabei vorgegangen sind, hat in hoch informativer und fundierter Weise Harald Schumann in seinem Dokumentarfilm «Macht ohne Kontrolle – die Troika» aufgezeigt, der im März 2015 im öffentlich-rechtlichen Sender ARTE gesendet wurde (vgl. Schumann 2015).

Vertreter des IWF sind inzwischen zu dem Ergebnis gekommen, dass die rigide Sparpolitik in Griechenland kontraproduktiv war¹⁴ (vgl. Blanchard 2015; Hickel 2015: 61f.), und der IWF schlägt inzwischen sogar vor, Griechenlands Staatsschulden «bis 2040 zins- und tilgungsfrei» zu stellen (Die Zeit 2016). Auch die Ökonomen und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Paul Krugman sowie eine wachsende Zahl von Wirtschaftswissenschaftlern, darunter auch Thomas Piketty, die jenseits des neoklassisch-neoliberal, streng marktwirtschaftlich orientierten wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams stehen, der eine rigide Sparpolitik in der Regel gutheißt,¹⁵ betrachten austeritäre Schocktherapien wie jene, die in Griechenland durchgeführt wurde, als volkswirtschaftlich kontraproduktiv (vgl. Beutelsbacher 2015).¹⁶ Selbst in der liberal-konservativen Presse war schon 2013 über die Griechenland aufgezwungene rigide Sparpolitik zu lesen: «Das Land spart sich kaputt» (Höhler 2013). Und in der konservativen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hieß es gar: «Eine immer höhere Steuerlast, höhere Sozialbeiträge, sinkende Einkommen und Renten und eine damit einhergehende schrumpfende Nachfrage – je mehr die Regierung und die Troika die Daumenschraube anziehen, desto mehr verschärft sich die Rezession und desto mehr florieren Steuerhinterziehung und Schattenwirtschaft und die Staatskassen bleiben leer» (Fraunberger 2016). Nicht zu reden vom deutschen Bundesminister für Wirtschaft und Energie, der 2015 in einem «Interview [...] zur Griechenlandkrise» sagte, dass «nur sparen [...] kein Land aus der Krise [bringt]» und die «alte Krisenpolitik gescheitert ist» (BMWE 2015).

14_ «The decrease in output was indeed much larger than had been forecast. Multipliers were larger than initially assumed», so der IWF-Mitarbeiter Blanchard (2015).

15_ Trotz dürftiger wirtschaftswissenschaftlicher Basis der Sparpolitik vgl. Buse 2013.

16_ Der «Klassiker» des – wie in Griechenland 2010 ff. dramatisch gescheiterten – Versuchs, eine tiefe Wirtschaftskrise durch rigide Sparpolitik zu überwinden, ist die Austeritätspolitik Heinrich Brüning, der 1930 deutscher Reichskanzler wurde. Auch damals geschah, was geschehen musste: ein immer tieferes Abgleiten in die Wirtschaftskrise und ein immer schnellerer Anstieg der Massenarbeitslosigkeit. Eine genau gegenteilige, nachfrageexpansive Wirtschaftspolitik wurde zur gleichen Zeit im Kontext von Präsident Roosevelts New Deal hingegen in den USA betrieben – mit großem Erfolg: Die Wirtschaft wuchs kräftig, die Arbeitslosigkeit ging rapide zurück.

Es fehlt hier der Raum, die These ebenso logisch, also krisentheoretisch-wirtschaftswissenschaftlich, wie empirisch, also wirtschaftshistorisch, zu belegen, dass die Griechenland aufgezwungene schroffe Austeritätspolitik zum genauen Gegenteil dessen geführt hat, was ihre Vertreter (von der EU-Kommission, der EZB und dem IWF bis hin zum Mainstream der Wirtschaftswissenschaftler, etwa dem Deutschen Sachverständigenrat, und der deutschen herrschenden Politik) propagiert haben: nämlich zu einem verheerenden Wirtschaftszusammenbruch und, aufgrund der wegbrechenden Steuerbasis, einem massiven Anstieg der Staatsverschuldung – statt zu Wachstum und Staatsschuldenabbau. Zumindest drei Hinweise seien aber gegeben:

Erstens: Die Befürworter der Sparpolitik behaupten, dass nicht die Griechenland aufgezwungene Austeritätspolitik schuld sei am Wirtschaftszusammenbruch und Staatsschuldenwachstum des Landes, sondern die bekannten «griechischen Krankheiten»: die geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der griechischen Ökonomie, der mangelnde Reformwille, die Ineffizienz der aufgeblähten staatlichen Verwaltung und Infrastruktur, der Schlendrian bei der Steuereintreibung, die weitverbreitete Korruption etc. pp. Nennen wir dieses Theorem das «Schlendrian-Theorem». Entspräche es der Wahrheit, der Realität, würde das bedeuten, dass nicht etwa die mit jedem der drei bislang gewährten Hilfspakete schockartig verabreichten rigiden Sparprogramme zu einem schockartigen Schrumpfen der Wirtschaft und einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hätten – sondern dass die griechische private und staatliche Ökonomie und Verwaltung und gleich noch das ganze arbeitende griechische Volk dreimal nacheinander, und zwar zufälligerweise immer kurz nach der Implementierung der Sparprogramme, schlagartig noch ineffizienter, weniger innovativ und korrupter geworden und vom Schlendrian noch heftiger befallen worden wären. Eine solche Argumentation kann in einem Kontext, der wissenschaftlicher Seriosität und Wahrheitsfindung in höchstem Maße verpflichtet ist, nur als vollendet absurd bezeichnet werden. Das «Schlendrian-Theorem» kann erklären – und es erklärt im Falle Griechenlands definitiv –, wie

und warum eine Volkswirtschaft sich *langfristig* weit schlechter entwickelt als innovativere und vor allem effizientere Volkswirtschaften (als Generalbeispiel: etwa die deutsche). Es ist aber völlig ungeeignet, einen *kurzfristigen*, ja schockartigen Zusammenbruch einer Nationalökonomie zu erklären.

Zweitens: Wenn rigide Sparpolitik wirklich ein Erfolg versprechendes wirtschaftspolitisches Instrument ist, um Staatshaushalte und ganze Volkswirtschaften zu sanieren und auf Wachstumskurs zu bringen, warum wurde und wird diese Politik dann nicht auch in den EU-Staaten (Deutschland zum Beispiel) betrieben, die sie anderen EU-Staaten (Griechenland zum Beispiel) aufzwingen? Warum wird die Medizin, wenn sie wirklich gut ist und heilt, dann nicht selbst eingenommen? Warum wird sie beispielsweise nicht Japan anempfohlen, dessen Staatsschuldenquote noch weit höher ist (2015: 248 % des japanischen BIP; vgl. Statista 2016h) als die Griechenlands? Warum hat Deutschland nach Ausbruch der Krise 2008 im eigenen Lande nicht die gleiche rigide Sparpolitik vollzogen, um den massiven Einbruch des BIP-Wachstums (2009: minus 5,6 %; Statista 2016i) zu bekämpfen und die krisenbedingt um fast 20 Prozentpunkte gestiegene deutsche Staatsschuldenquote wieder zu senken? Warum hat Deutschland vielmehr eine genau gegenteilige Politik betrieben – nämlich eine nachfragefördernde Expansionspolitik: Altauto-Abwrackprämie, massive zeitliche Ausweitung der Zahlung von Kurzarbeitergeld, Rentenerhöhungen, Erhöhung vieler Sozialleistungen, steigende Reallöhne, später sogar noch die Einführung eines Mindestlohnes etc.?

Und drittens: Was würde mit der deutschen Volkswirtschaft geschehen, würden die Löhne in kurzer Zeit um 25 % gekürzt, die Renten um 30 %, die Gesundheitsausgaben um ähnliche Größenordnungen und die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (2015: ca. 4,6 Millionen; Statista 2016j) ebenso um etwa ein Drittel gesenkt, also um ca. 1,5 Millionen Beschäftigte – die danach nur 360 Euro Arbeitslosengeld monatlich bekämen, und zwar nur ein Jahr und danach gar nichts mehr, weil es (wie in Griechenland schon immer der Fall) auch keine Sozialhilfe (mehr) gäbe (vgl. Höhler 2013 u. 2015; Ehren-

fried 2013)? Muss man unter ökonomisch auch nur halbwegs gebildeten Menschen wirklich darüber diskutieren, welche Verheerungen eine solche Wirtschaftspolitik in Deutschland volkswirtschaftlich und sozial anrichten würde?

Neben einer rigiden Sparpolitik war die Privatisierung zentraler Bereiche der griechischen Volkswirtschaft eine weitere Bedingung, eine *Conditio sine qua non* vor allem des dritten Hilfspakets, die EU, EZB, IWF und ESM Griechenland als Gegenleistung für die Gewährung weiterer Kreditspielräume vorgaben. Vor der Darstellung des empirischen Standes und der bisherigen Ergebnisse dieser schon seit 2011 laufenden Privatisierungen soll im Folgenden kurz referiert werden, welche Vorteile sich die Befürworter von Privatisierungen von diesen versprechen.

III Theoretische Vorteile und Nachteile der Privatisierungen

Im Prinzip lassen sich die volkswirtschaftlichen Vorteile von Privatisierungen, die von ihren klassisch wirtschafts- bis neoliberalen, auf jeden Fall jedoch marktorientierten Protagonisten üblicherweise angeführt werden, in nur wenigen Sätzen hinreichend formulieren: Eigner von Wirtschaftsunternehmen, die mit ihrem investierten Kapital haften, und Mitarbeiter, deren Einkommen (Managergehälter, Boni, Tantiemen, Dividenden etc.) und/oder deren Arbeitsplatz vom Markterfolg ihres Unternehmens abhängen, werden weit intensiver daran arbeiten, dass das Unternehmen effizient und innovativ (Produkt- und Prozessinnovationen) arbeitet, als etwa Staatsbeamte oder -angestellte, deren Einkommen nicht davon abhängt, ob der Staatsbetrieb, in dem sie arbeiten, nach betriebswirtschaftlichen Kriterien effizient (im Falle etwa staatlicher Verwaltung) und gar gewinnbringend (im Falle etwa eines öffentlichen Verkehrsbetriebs) arbeitet oder nicht. Von kosteneffizient, markt- und nachfragegerecht hergestellten Produkten profitieren auch die Konsumenten, vom Gewinn erfolgreicher Unternehmen via Steuern auch der Staat und damit die Allgemeinheit.¹ Sol-

1_ Um diese eher theoretisch-allgemein gehaltenen Ausführungen mit etwas Empirie zu unterfüttern: Mit Blick auf Griechenland schreibt Nils Kadritzke (2016), der ansonsten ein scharfer Kritiker der Griechenland aufgezwungenen Privatisierungspolitik ist, dass sich «durchaus Argumente für bestimmte Privatisierungsvorhaben finden. Etwa bei staatlichen Unternehmen, die traditionell als «Versorgungsbetriebe» der besonderen Art dienen, weil sie nicht nur ihren Kunden unentbehrliche Leistungen (wie Strom oder Verkehrsverbindungen) bieten. Ihr sekundärer Daseinszweck besteht darin, die Klientel der jeweils herrschenden Regierung mit gut bezahlten, sicheren und häufig bequemen Posten zu versorgen – auf Kosten der Kunden und der Steuerzahler. Der klientelistische Missbrauch öffentlicher Unternehmen durch die politische Klasse stellt im Grunde ebenfalls eine «private Nutzung» dar. Das erklärt, warum die Veräußerung öffentlicher Dienstleister bei vielen Griechen keines-

che Steuereinnahmen können langfristig anfängliche Privatisierungserlöse für den Staat weit übersteigen, sodass Letztere bei Privatisierungen gar nicht im Vordergrund stehen und nicht unbedingt das zentrale Motiv sein müssen.

Diese Argumentation ist zunächst bis zu einem gewissen Grad und in einer speziellen Hinsicht schlüssig. Und die hochgradige Ineffizienz und Innovationsimpotenz planwirtschaftlich gelenkter Staatsbetriebe im ehemaligen sogenannten real existierenden Sozialismus (von wenigen, staatlich besonders geförderten Betrieben – vor allem im Bereich Rüstung und Weltraumtechnik – abgesehen, waren diese in keiner Weise international wettbewerbsfähig) müssen als historische Fakten hier nicht noch einmal detailliert belegt werden.

Diese Argumentation trägt den Kern ihrer Widerlegung, oder schwächer formuliert: ihrer starken Relativierung aber bereits in sich. Aus ihr kann gefolgert werden, dass es volkswirtschaftlich sinnvoll ist (sein kann), Betriebe unter Markt- und Konkurrenzdruck zu setzen und das Einkommen sowie in letzter Konsequenz auch die Arbeitsplätze der Betriebszugehörigen (vom Manager bis hin zum «kleinen» Angestellten oder Arbeiter) vom Erfolg des Unternehmens abhängig zu machen – nicht aber, dass dieser Betrieb unbedingt (nur, vor allem oder vollständig) von Privaten geeignet, also wirklich *privatisiert* werden muss, um effizient, innovativ und damit markt- und nachfragegerecht zu arbeiten. Das sagt die Logik und vor allem die Realität: Die großen, international hochgradig aktiven und auch wettbewerbsfähigen DAX-Unternehmen

wegs unbeliebt war. Eine große Mehrheit hat die frühere Teilprivatisierung der Telefongesellschaft OTE oder der nationalen Fluglinie Olympic Airways durchaus begrüßt und findet, dass die OTE und die Olympic seitdem besser und kundenfreundlicher funktionieren. [...] Speziell die Olympic war ein staatliches Unternehmen, das krass zu Lasten der Allgemeinheit funktionierte: Trotz riesiger Defizite, die aus dem Staatshaushalt beglichen werden mussten, konnten die Gewerkschaften mithilfe ihrer Patrone in der Regierung die Privilegien der Beschäftigten immer weiter ausbauen. Am dreistesten trieben es die Piloten, die per Streik sogar die Forderung durchsetzen wollten, ihren Sprösslingen einen festen Prozentsatz der Ausbildungsplätze für Nachwuchspiloten zu reservieren. Solche abschreckenden Beispiele machen verständlich, warum drei von vier Griechen noch im April 2011 Privatisierungen «generell für notwendig» erachteten.»

sind durch die Bank Kapitalgesellschaften, also von bezahlten Managern und damit Angestellten geleitete Betriebe, was große Aktienbesitze einzelner Privatpersonen oder Familien und auch von Managern nicht ausschließt – aber eben in keiner Weise bedingt.

Ein paar Beispiele: Am grundsätzlich erfolgreichen² Global Player VW ist das Land Niedersachsen mit 20 % beteiligt, zu einem Fünftel ist VW also ein Staatsbetrieb, fast der gesamte Rest der Aktien ist im Besitz institutioneller Anleger (vgl. Volkswagen AG 2015). Durch die Bahnreform 1994 wurde die Deutsche Bundesbahn in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, um sie anschließend privatisieren zu können, aber bis heute ist die Bundesrepublik Deutschland der alleinige Aktienbesitzer (Deutsche Bahn AG 2015: 55) – und die Bahn machte im ersten Halbjahr 2016 gut eine Milliarde Euro Gewinn (EBT, also vor Steuern) (Tagesschau.de 2016b), obwohl (oder *auch* weil?) das Streckennetz für Konkurrenten seit langer Zeit geöffnet ist (vgl. Bundesnetzagentur 2016). Und die Fraport AG schließlich, die Ende 2015 den Betrieb von 14 lukrativen griechischen Flughäfen übernommen hat (via Konzessionsvertrag auf 40 Jahre; vgl. z.B. FAZ.NET 2015) und uns deswegen im Weiteren noch ausgiebig beschäftigen wird, legte von 2014 auf 2015 einen Gewinnanstieg (EBT) von 15,8 % hin (von 374,7 Mio. € auf 433,8 Mio. €; vgl. Fraport AG 2015) – und das, obwohl (oder *auch* weil?) sie ein Konzern ist, der mehrheitlich im Besitz des Landes Hessen (31,32 %) und der Stadtwerke Frankfurt am Main (20 %) ist (Fraport AG 2016).³

Schon diese wenigen Beispiele zeigen: Alles ist möglich.⁴ Unternehmen, ob vollständig in Privathand, teilstaatlich, mehrheitlich staatlich

² Von gewissen, um es diplomatisch zu formulieren, Irritationen in jüngster Zeit abgesehen.

³ Mit 8,44 % ist übrigens auch die Deutsche Lufthansa AG an der Fraport AG beteiligt, auch das wird uns später noch interessieren.

⁴ Man muss dazu in der Tat nicht in die Darstellung der vielen, vielen Beispiele von gelungenen Privatisierungen (etwa der Deutschen Lufthansa) oder misslungenen Fällen (etwa der Deutschen Bundesdruckerei, vieler deutscher Stadtwerke, der englischen Staatsbahn etc.) einsteigen: Das Aufzeigen auch nur *eines* schwarzen Schwanes (es gibt erfolgreiche Privat-/Staatsbetriebe) beweist, dass die Aussage, alle Schwäne sind weiß (alle Privatisierungen sind gelungen/misslungen, alle Staatsbetriebe arbeiten erfolgreich/verlustreich), falsch ist.

oder vollständig staatlich, können gleichermaßen erfolgreich und gewinnbringend sein – völlig unabhängig von ihrer Eigentümerstruktur. Entscheidend scheint vielmehr zu sein, ob Unternehmen erstens nach betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien organisiert und geleitet und durch die Eigner, welche auch immer, dazu verpflichtet werden (via Aufsichtsräte, Betriebsverfassungen und -statuten, Leitbilder, Geschäftsmodelle, betriebswirtschaftliche Controllingsysteme etc.), ob sie zweitens unter Konkurrenzdruck stehen (oder kaum oder nicht) und ob drittens das Einkommen und in letzter Konsequenz auch der Arbeitsplatz der Beschäftigten vom Erfolg oder Misserfolg des Unternehmens abhängig sind. Der Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel schreibt: «Eine klügere Formel [als Privatisierungen um jeden Preis; E.S.] lautet daher: öffentliches Eigentum privatwirtschaftlich gemanagt (publicly owned privately managed)» (Hickel 2015: 64).

Hieraus folgt, dass sogenannte natürliche Monopole (Verkehrswege, Kommunikations-, Energie- oder Wasserversorgungsnetze etc.) selbst nach liberal-marktwirtschaftlicher Logik eigentlich nicht privatisiert werden dürften, weil hier heilsamer Konkurrenzdruck nicht wirken kann, da ein Anbietermarkt⁵ überhaupt nicht existiert.⁶ Natürliche Monopole Privaten zur privaten Verwertung zu überlassen, heißt im Grunde, eine Lizenz zum Gelddrucken zu vergeben. Genau das mussten viele Kommunen erfahren, die in den 1980er und 1990er Jahren im Zuge einer dem neoliberalen Zeitgeist geschuldeten Pri-

5__ Das betrifft wohlgerne die Netze. Deren Nutzung kann gleichwohl privaten Anbietern geöffnet werden, wie etwa im Falle des Schienennetzes (verwaltet durch die staatliche Bundesnetzagentur) für Konkurrenten der Deutschen Bundesbahn. Und es war ein Segen für die Energiewende, ja hat diese eigentlich erst in Gang gesetzt, als die Energienetze für Privatanbieter geöffnet wurden: Hunderttausende kleine Anbieter konnten nun (und auch noch staatlich durch die Garantie hoher Einspeisevergütungen gefördert) den Strom in das Netz einspeisen, den sie fotovoltaisch auf ihrem Dach oder durch Windtoren auf dem eigenen Feld produzierten. Zu beidem vgl. Bundesnetzagentur 2016.

6__ Von der Privatisierung staatlicher Hoheitsaufgaben (Justiz, Polizei, Militär, Beurkundungswesen etc.) ganz zu schweigen – sollte man meinen. Doch radikale neoliberale Privatisierungsansätze machen auch vor diesem Bereich nicht halt: siehe etwa den Einsatz privater Sicherheitsfirmen im US-amerikanischen Militär (im Irakkrieg zum Beispiel) oder im Auftrag des Staates privat betriebene Gefängnisse in den USA.

vatisierungseuphorie bislang von den Kommunen erledigte Aufgaben (Müllabfuhr, Energie- und Wasserversorgung, Bau öffentlicher Gebäude etc.) per Konzession an Privatunternehmen vergaben oder im Kontext sogenannter PPP-Programme⁷ von Privatfirmen erledigen ließen – und oft schnell rapide steigende Preise für ihre Bürger und nicht selten Serviceverschlechterungen erleben mussten. Oder so gesagt: Die nach der Jahrtausendwende einsetzende «Rekommunalisierungswelle» (Fröhlingsdorf/Tietz 2006) hatte und hat ihre Gründe (vgl. etwa Rügemer 2010; Broß/Engartner 2013; POGO 2011; Vila/Peters 2016).⁸

Will man es am Beispiel privater versus öffentlicher Kranken- oder Rentenversicherer verdeutlichen, gilt bei gleicher betriebswirtschaftlicher Effizienz: Private wie öffentliche Versicherer müssen aus ihren Beitrags- und sonstigen Einnahmen ihre Verwaltungskosten und die Auszahlungen an die Versicherten bestreiten, aber nur die privaten müssen zusätzlich noch Gewinne erwirtschaften. Gleiches gilt analog für tendenziell alle Betriebe: Öffentliche müssen nur effizient und kostendeckend arbeiten, private müssen zudem Gewinne erwirtschaften. Wer wird also – nochmals: unter der Voraussetzung *gleicher* betriebswirtschaftlicher Effizienz (und die ist, wie gezeigt, in privaten wie öffentlichen Unternehmen gleichermaßen *möglich*) – teurer sein? Und zwar zwingend?

Und schließlich: Wenn nach betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien geführte, tendenziell profitable Unternehmen wie etwa die Deutsche Bahn vollständig in staatlichem oder, je nachdem, kommunalem oder öffentlich-rechtlichem Eigentum verbleiben, fließen dem Staat oder den Kommunen nicht nur Gewinnsteuern, sondern der gesamte Gewinn zu, der dann beispielsweise für die Schuldentilgung genutzt

7_ Public-private-Partnership.

8_ Die POGO-Studie (2011) hatte zum Ergebnis, dass in 33 von 35 untersuchten US-amerikanischen Kommunen das Outsourcing von Dienstleistung letztlich teurer kam als vergleichbare kommunale Angebote. Die länderübergreifende Studie «The Privatising Industry in Europe» von Vila/Peters (2016) zeigte auf, dass es keinen einzigen stichhaltigen Beleg dafür gibt, dass privatisierte Firmen grundsätzlich effizienter arbeiten als öffentliche Pendanten. In privatisierten Firmen verschlechterten sich zudem in der Regel die Arbeitsbedingungen und-entgelte.

werden kann.⁹ Solche langfristigen Gewinnakkumulationen können in der Tat weit größer sein als einmalige Privatisierungserlöse – ein Argument mehr, profitable Unternehmen in öffentlicher Hand nicht zu privatisieren.

In Griechenland lief es aber, wie jetzt zu zeigen sein wird, etwas anders ab: Dort wurden bislang fast ausschließlich profitable Staatsunternehmen im Bereich natürlicher Monopole privatisiert, und nicht selten zu Schleuderpreisen und zu Bedingungen, die teilweise kaum zu glauben sind.

⁹ Der Staat bzw. die Kommunen behalten so auch die Kontrolle über das Angebot ihrer Unternehmen (Sicherstellung der Versorgung in der Fläche zum Beispiel bei Verkehrsbetrieben) und über die Arbeits- und Umweltbedingungen, unter denen es erstellt wird.

IV Privatisierung öffentlichen Eigentums in Griechenland

Am 1. Juli 2016, also nach fünf Jahren Privatisierungspolitik in Griechenland,¹ meldete der öffentlich-rechtliche Sender ARD Folgendes: «Parlament in Athen billigt Hafen-Privatisierung. Das «Filetstück» ist weg. [...] Fortschritte bei den Privatisierungen sind eine wichtige Bedingung für die Finanzhilfen der Euro-Partner und des IWF. Sie blieben allerdings bislang hinter den Erwartungen zurück. Das angestrebte Ziel Athens, insgesamt *50 Milliarden Euro* durch Verkäufe staatlicher Beteiligungen zu erzielen, ist noch in weiter Ferne. Bislang seien nicht mehr als *drei Milliarden Euro* in die Staatskasse geflossen, berichten griechische Medien. Der Hafen galt als eines der «Filetstücke». Andere Betriebe, wie etwa die Staatsbahn, gelten hingegen als «Ladenhüter» (Tagesschau.de 2016c; Hervorhebungen E.S.).

Wenn man zum Thema Privatisierungen in Griechenland recherchiert, finden sich viele Artikel, Meldungen und Beiträge selbst in seriösen, ja sogar kapitalaffinen konservativen Medien, in denen nicht nur von «Filetstücken» oder «Ladenhütern» die Rede ist, sondern immer wieder auch von «Ausverkauf» (Handelsblatt 2011), «Schnäppchen» und «Zwangs-Privatisierung» (Beys/Moskau 2016 = ARD), «Schnäppchenjagd» (Manager Magazin 2013) nach «Tafelsilber» (FAZ.NET 2011), das «versilbert» (Der Spiegel 2016), ja geradezu «verschleudert» werde (zdf.de 2015), von «Horror-Bilanz», «Fiasko» (Dittmer 2015 = n.tv)

¹ Es werden hier nur jene Privatisierungen betrachtet, die in Griechenland seit der Gewährung des ersten Hilfspakets (2010) bzw. der Einrichtung der griechischen Privatisierungsbehörde HRADF (2011) auf Geheiß der Troika erfolgten, nicht aber die zeitlich davor liegenden, etwa die Privatisierung von Olympic Airlines (bis 2003 Olympic Airways) in den Jahren 2008 ff. (vgl. Höhler 2008).

und Ähnlichem. Dieses Katastrophenvokabular beschreibt die Realität ziemlich genau: So ist in einem Artikel in der konservativen *WirtschaftsWoche* mit dem Titel «Schatzsuche in der Ägäis» zu lesen, dass der griechische Aktienmarkt regelrecht «ausgebombt» sei. Die «Marktkapitalisierungen an der Börse» (als Summe der aktuellen Kurswerte aller Aktien eines Unternehmens) lägen derzeit krisenbedingt weit unter dem Buchwert der Unternehmen (in manchen Fällen erreiche der Kurswert nur «35 Prozent des Buchwerts»), selbst bei profitablen «grundsoliden» griechischen Unternehmen, und zwar nur deswegen, weil eine tiefe allgemeine Wirtschaftskrise in Griechenland herrsche und es eben «griechische» Unternehmen seien (Arnim 2015).

Eine solche Situation erscheint, zurückhaltend formuliert, nicht gerade günstig für umfassende Privatisierungen und die zu erwartenden Privatisierungserlöse, vor allem dann nicht, wenn diese Privatisierungen unter Zwang und in möglichst kurzer Zeit durchgeführt werden sollen, wie in Griechenland in Form eines «ambitious privatisation programme» (European Commission 2015: 5), das sogar noch in «irreversible steps» erfolgen soll (ebd.: 26), als strenge Bedingung für die Gewährung des dritten kreditären Hilfsprogramms 2015 durch die Europäische Kommission bzw. den ESM.

Schon 2011 wurde der Hellenic Republic Asset Development Fund (HRADF 2016a) gegründet.² Er ist quasi die griechische Treuhandgesellschaft, die die Privatisierungen durchzuführen hat.³ Über den HRADF-Vorstand heißt es: «The Board has the absolute authority on privatisation decisions» (HRADF 2016b).⁴ Er ist also in hohem Maße

² Der HRADF wird immer wieder auch TAIPED genannt (für Ταμείο Αξιοποίησης Ιδιωτικής Περιουσίας του Δημοσίου); die beiden Akronyme bezeichnen also dieselbe Institution; vgl. HRADF 2016b u. 2016c.

³ Im Vorstand des HRADF, einer Gesellschaft privaten Rechts in vollständigem Besitz des griechischen Staates, sitzen auch zwei externe, nicht stimmberechtigte Beobachter: «one from the Eurozone and one from the European Commission» (HRADF 2016b; analog HRADF 2016f).

⁴ Der derzeitige Chef des HRADF, der Jurist Stergios Pitsiorlas, war früher u.a. Wirtschaftsberater auch der EU (vgl. HRADF 2016f; Der Spiegel 2016).

unabhängig von der griechischen Regierung.⁵ Nachdem die Privatisierungen von 2011 bis 2014 eher schleppend und wenig erfolgreich verlaufen waren (der HRADF-Vorstand wurde mit den Regierungswechseln in Griechenland mehrfach ausgetauscht), machte die EU-Kommission (auch und vor allem aufgrund entsprechenden politischen Drucks aus Deutschland; vgl. z.B. Der Spiegel 2016; Mussler/Plickert 2016) eine zügigere Privatisierung zur unerlässlichen Bedingung für das dritte Hilfsprogramm (2015), bis hin zu detaillierten Vorschriften, welche staatlichen Institutionen, Betriebe und Vermögen zu privatisieren sind, so etwa die «electricity transmission company, ADMIE» (European Commission 2015: 26).

Am 26. April 2016 legte der HRADF einen «Updated Asset Development Plan» vor (HRADF 2016d), in dem 19 der wichtigsten Privatisierungsvorhaben (diese betreffen vor allem staatliche Infrastruktureinrichtungen wie Flughäfen, Seehäfen, Gas-, Wasser- und Kommunikationsnetze)⁶ detailliert beschrieben werden: Es werden jeweils Angaben gemacht über die «Privatisation Method» (Verkauf, Verpachtung, Konzessionierung etc.), die «Advisors» (z.B. «Citibank, EFG Eurobank» im Falle der abgeschlossenen Privatisierung des Betriebs von 14 Flughäfen) und den «Current Status» (abgeschlossen, laufend, geplant; im Falle abgeschlossener Projekte werden die neuen Eigner genannt und die Summen, die eingenommen wurden) (ebd.: 3). Auf der Website des Fonds werden unter dem Punkt «Portfolio» (HRADF 2016e) und den drei Kategorien «In progress», «Rolling ahead» und «Completed» noch sehr viel mehr Privatisierungsprojekte genannt,

⁵ Und zwar so unabhängig, dass der griechische Minister für Schifffahrt den HRADF schon als «Staat im Staate» bezeichnet hat (Der Spiegel 2016; vgl. auch Sommer 2014).

⁶ Darunter etwa: Regional Airports, Hellinikon (ehemaliger Flughafen von Athen), Hellenic Gas Transmission System Operator (DESFA), Piraeus Port Authority S.A (OLP), Thessaloniki Port Authority S.A (OLTH), TRAINOSE S.A. & EESSTY S.A (ROSCO) (die griechische Bahn), Athens International Airport S.A (AIA), Hellenic Petroleum S.A (HELPE), OTE S.A. (quasi die griechische Telekom), Thessaloniki Water Supply & Sewerage S.A. (EYATH), Athens Water Supply & Sewerage S.A (EYDAP), Public Gas Corporation (DEPA) und die Hellenic Post S.A (ELTA); vgl. HRADF 2016d. Eine entsprechende Liste hat die GTAI (German Trade & Invest) – laut GTAI-Website «die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland für Außenwirtschaft und Standortmarketing» – auch auf Deutsch publiziert; vgl. GTAI 2016c.

darunter staatseigene Immobilien, Ländereien und ganze Inseln wie auch Investitionsgüter, beispielsweise ein «Airbus A340-300» (ebd. unter «In progress»⁷).

Im Folgenden sollen die vier wichtigsten, von den Erlösen her umfangreichsten der bereits abgeschlossenen Privatisierungsprojekte sowie ein noch laufendes, aber kurz vor dem Abschluss stehendes größeres Privatisierungsprojekt etwas genauer dargestellt werden⁸ – auch, um von ihnen auf das schließen zu können, was in naher Zukunft (an Privatisierungen im Allgemeinen und an Privatisierungserlösen im Besonderen) zu erwarten ist.⁹

14 Regionalflughäfen

(HRADF 2015, 2016d: 3, u. 2016g)

Am 14. Dezember 2015 unterzeichneten der HRADF und die deutsche Fraport AG einen Vertrag, der vorsieht, dass die Fraport AG 14 der insgesamt 37 griechischen Regionalflughäfen (HRADF 2016l) ab 2017 für 40 Jahre (optional für weitere zehn Jahre) in Konzession betreibt. Die Fraport AG zahlt dafür einmalig 1,23 Mrd. €, jährlich 23 Mio. € Konzessionsgebühr (Pacht) sowie eine jährliche Gewinnabgabe (EBITDA)¹⁰ von 28,5 %. Die HRADF führt zudem an: «Additional cumulative fiscal, social and other benefits accounting to approximately €4.6bn» (4,6 Mrd. €) (HRADF 2016d: 3), und zwar über die gesamte Periode von 40 Jahren. Das ist aber nicht seriös. Jeder Betrieb, ob privatisiert oder nicht, zahlt in der Regel Steuern, Sozialbeiträge, Gebühren und Löhne und leistet so «fiscal, social and other bene-

⁷ Wenn es eine Website gibt, auf der das griechische «Tafelsilber» feilgeboten wird, dann ist es die oben genannte (HRADF 2016a): Sie ist optisch ansprechend aufgemacht wie der Internetauftritt eines privaten Immobilienhändlers oder der eines Warenhauses der etwas anderen Art.

⁸ In der Summe machen die Erlöse dieser fünf Privatisierungsprojekte etwa 80 % der bisherigen Gesamterlöse des HRADF aus.

⁹ Sämtliche im Folgenden genannten Zahlen, Daten, Fakten zu den fünf Privatisierungsprojekten entstammen den Quellen HRADF 2015, 2016d u. 2016g–k – falls nicht ausdrücklich (auch) andere Quellen zitiert werden.

¹⁰ EBITDA: Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization (Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen).

fits». Zudem müsste gegengerechnet werden, was die 14 lukrativen, also bislang schon «profitablen» Flughäfen (Simantke 2015; Kadritzke 2016) in den nächsten 40 Jahren an Gewinnen – und nicht nur an Gewinnsteuern – für den griechischen Staat erwirtschaften würden, wären sie in Staatshand geblieben.¹¹ Und diese Argumentation gilt auch bezüglich folgendem Hinweis in einer Pressemitteilung der HRADF nach Vertragsabschluss: «In total, the Concessionaire estimates that the investments will amount €330mn over the first 4 years and they will reach the amount of €1.4bn over the total 40 years of the Concession» (HRADF 2015). 1,4 Mrd. € Investitionen über 40 Jahre sind gerade einmal 35 Mio. € pro Jahr – und pro Flughafen durchschnittlich nur 4,6 Mio. €. Und auch hier wäre gegenzurechnen, was die öffentlichen Träger in den nächsten 40 Jahren investieren würden, wären sie Träger der 14 Flughäfen geblieben.

Interessant sind auch einige nicht (direkt) monetäre Vertragsbestimmungen. Der Vertrag ist zwar offiziell noch geheim und soll erst nach Ratifizierung durch das griechische Parlament veröffentlicht werden (vgl. Brust 2016), aber im Netz ist eine Übersetzung aufgetaucht, die – was besagte Vertragsbestimmungen betrifft – von Attac wie folgt zusammengefasst wurde:¹² «So sieht der Vertrag vor, dass der griechische Staat Flughafenmitarbeiter entschädigen muss, die Fraport nicht weiterbeschäftigt. Werden Beschäftigte bei Arbeitsunfällen verletzt oder sterben [sie], muss ebenfalls der Staat zahlen. Sollten durch Gesetzesänderungen (etwa im Arbeitsrecht) zusätzliche Betriebskosten entstehen, muss die Regierung Fraport entschädigen. Das Unternehmen hat auch Anspruch auf Entschädigung bei Streiks. Die Kosten für Reparaturen

¹¹ Die 23 verlustreichen Regionalflughäfen in Griechenland wurden von vornherein ausgegliedert (HRADF 2016). Zumindest am Rande sei darauf hingewiesen, dass Griechenland als sehr gebirgiges Land und Land der 1.000 Inseln in starkem Maße auf die Bereitstellung einer Verkehrsinfrastruktur angewiesen ist, die das Land zusammenhält. Dazu müssen viele Regionalflughäfen und noch weit mehr kleine Seehäfen an und in der Ägäis unterhalten und subventioniert werden, die nach rein betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien eigentlich zu schließen wären.

¹² Der Vertragstext findet sich als griechischer Originaltext (Faksimile) samt Einleitung der «Whistleblower» unter: www.thepressproject.gr/article/88058/Auti-einai-i-sumbasi-me-tin-Frapor

oder den Ersatz alter Maschinen muss während der gesamten Vertragszeit der Staat tragen. Dasselbe gilt für Schulden und Bankkredite bei Vertragsende. Planungs- und Umbaukosten darf der Konzern ebenfalls auf den Staat abwälzen. Er kann den bisherigen Vertragspartnern und Mietern in den 14 Flughäfen kündigen und neue Lizenzen vergeben – die gekündigten Firmen muss wiederum der griechische Staat entschädigen» (Attac 2016; vgl. analog Kadritzke 2016; Brust 2016).

In einem Artikel über diesen Attac-Beitrag in der *Frankfurter Rundschau* vom April 2016 wird zitiert, wie die Fraport AG bzw. ihr Sprecher auf diese Vorwürfe reagierte: «Die in den Raum gestellten vermeintlichen Vertragsbestandteile fußen auf einer unzulänglichen Übersetzung der griechischen Originaltexte und sind darüber hinaus teilweise unzutreffend, teilweise aus dem Zusammenhang gerissen und teilweise falsch interpretiert. [...] Die Konzessionsverträge mit ihren Bedingungen wurden 2013 vom griechischen Privatisierungsfonds entwickelt, waren Grundlage der internationalen Ausschreibung für die Regionalflughäfen und wurden für Fraport nicht geändert» (Brust 2016).

Es fällt schwer zu glauben, dass Attac seine Darstellungen frei oder auch nur in erheblichem Maße frei erfunden hat. Selbst die Gegenaussage behauptet ja nur, dass sie «teilweise» unzutreffend oder Vertragsbestimmungen «teilweise falsch interpretiert» worden seien. Solange die Verträge aber nicht, und zwar autorisiert übersetzt, veröffentlicht sind und überprüft werden können, steht also Aussage gegen Aussage. Beide seien hier zumindest dokumentiert.

Interessant ist also, dass diese 14 profitablen griechischen staatlichen Regionalflughäfen von der deutschen Fraport AG übernommen werden, die selbst, wie erwähnt, mehrheitlich in Staatsbesitz ist. Statt an den griechischen Staat (der damit zum Beispiel Schulden abzahlen könnte) fließen große Teile der Gewinne dieser Flughäfen zukünftig nach Hessen¹³ und an die Stadt Frankfurt am Main – also nach

¹³ Der Deutschlandfunk meldete, dass sich der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) für den Vertrag zwischen Fraport AG und HRADF stark gemacht hat (vgl. Fittkau/Bormann 2015).

Deutschland, einen der Hauptgläubiger Griechenlands und das EU-Land, das am heftigsten, ja «aggressiv» (Vila/Peters 2016: 16) auf umfassende Privatisierungen als eine der Gegenleistungen für die Gewährung des dritten Hilfspakets an Griechenland gedrängt hat. Und interessant ist zudem, dass einer der technischen «Advisors» bei der Privatisierung besagter Flughäfen die Lufthansa Consulting war (vgl. Lufthansa Consulting 2016), eine Tochter der Deutschen Lufthansa AG, die wiederum mit 8,44 % an der Fraport AG beteiligt ist (Fraport AG 2016). Der HRADF verschweigt in seinem «Updated Asset Development Plan» die Lufthansa Consulting unter der Rubrik «Advisors» und nennt dort nur lapidar den Namen «Doxiadis» (HRADF 2016d: 3) – warum auch immer. Das Beraterverhältnis zwischen dem HRADF, der Lufthansa Consulting und «Doxiadis Associates» bei der Privatisierung der 14 Flughäfen wird jedoch auf einer Website der Lufthansa Consulting ganz ungeniert offenbart (vgl. Lufthansa Consulting 2016).¹⁴

Ob das alles etwas (und was genau) zu bedeuten hat, bleibt Spekulation: Die Vertragsverhandlungen verliefen (natürlich) hinter verschlossenen Türen. Aber eine gewisse Skepsis und Nachdenklichkeit verursacht eine solche Konstellation dann doch – zurückhaltend formuliert.

Lotteriegesellschaft OPAP¹⁵ (HRADF 2016h)

Schon bei der Privatisierung des Betriebs der 14 Regionalflughäfen handelte es sich um die Privatisierung von faktischen natürlichen Monopolen – es ist für potenzielle Marktkonkurrenten völlig unmöglich,

¹⁴ Im «Updated Asset Development Plan» des HRADF vom April 2016 findet sich unter den jeweiligen Rubriken «Advisors» übrigens durchweg die Crème der griechischen und internationalen Banken- und Finanzwelt sowie weltweit bekannte Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfer. Um nur wenige zu nennen: Citi Bank, Piraeus Bank, Alpha Bank, UBS, Rothschild, Morgan Stanley, Freshfields etc. (HRADF 2016a). Und weder diesem Dokument des HRADF noch anderen konnte entnommen werden, welche Honorare diese «Advisors» für ihre Beratertätigkeit erhalten haben.

¹⁵ ΟΠΑΠ (OPAP) steht für Οργανισμού Προγνωστικών Αγώνων Ποδοσφαίρου. Es geht analog zum deutschen TOTO um Fußballwetten, aber nicht nur um diese, sondern um verschiedenste Glücksspiele.

14 in den gleichen Regionen liegende Flughäfen zu bauen, um der Fraport AG Konkurrenz zu machen und einen Anbieterwettbewerb zu eröffnen. Im Falle der Wettgesellschaft OPAP handelt es sich sogar um ein totales, ein absolutes Monopol.¹⁶ Vor der Privatisierung der OPAP gab es in Griechenland nur eine einzige staatliche Lizenz für den landesweiten Betrieb einer solchen Wettgesellschaft – und auch danach nur eine: die der OPAP gewährte «Monopol-Lizenz» (Arnim 2015). Die Privatisierung eines solchen absoluten Monopols kommt also in der Tat dem «Ideal» sehr nahe, eine staatliche Lizenz zum Gelddrucken zu erhalten, um daraus dann eben einen «satten Gewinn» und «kräftigen Gewinnanstieg [...] um 41 Prozent» gegenüber dem Vorjahr zu machen (Handelsblatt 2015). Das Jahr des satten Gewinns war das Jahr 2014, der kräftige Gewinnanstieg der gegenüber dem Jahr 2013, dem Jahr der endgültigen Privatisierung der OPAP. Davon sieht der griechische Staat jetzt maximal noch die Gewinnsteuern (26 %; vgl. BMF 2014) – falls diese korrekt berechnet, ausgewiesen, gezahlt und eingetrieben werden.

Interessant bis bedenkenswert sind auch einige Fakten darüber, wie die Privatisierung der OPAP verlief (unter den «advisors» waren übrigens auch die Deutsche Bank und die Kanzlei Freshfields; vgl. HRADF 2016h) und was sie erbrachte: Im August 2013 wurden die restlichen 33 % der Aktien der hoch profitablen OPAP, die dem griechischen Staat noch gehörten, an das tschechisch-griechische Konsortium Emma Delta für einen Kaufpreis von 652 Mio. € übertragen (Handelsblatt 2013).¹⁷ Inklusiv einer Dividende waren es insgesamt 712 Mio. € (Der Spiegel 2013): «Allerdings liegt der Preis für den gewinnträchtigsten Staatsbetrieb unter dem Marktwert» (ebd.). Wie weit

¹⁶ Bei *natürlichen* Monopolen, und das sind vor allem die Netze der Infrastruktur (Verkehrs-, Wasser-, Energie- Gasversorgungsnetze etc.), kann (und sollte) das Monopol in Staatsbesitz bleiben (weil es beim Netz keine Zusatzanbieter geben kann). Das Netz kann aber für private Anbieter (von Solarstrom z.B.) geöffnet werden. Bei *absoluten* Monopolen (etwa in Form der Vergabe *einer* und nur einer Betriebslizenz, die für ein gesamtes Staatsgebiet gilt) ist aber auch das nicht möglich.

¹⁷ Auf den Websites des HRADF war der Kaufpreis nicht zu ermitteln – und auch sonst nirgendwo.

lag der Preis aber unter dem Marktwert? Sehr weit: «Schon damals wurde der erzielte Preis von der Wirtschaftspresse als dürftiges Ergebnis bewertet. Das war stark untertrieben. 2012 hatte die schuldenfreie Opap einen Gesamterlös [vor Steuern; E.S.] von 1,2 Milliarden Euro erzielt, in den Jahren zuvor lag der Gewinn noch höher. Gemessen an vergleichbaren Privatisierungsfällen hätte der Preis mindestens 3,5 Milliarden Euro betragen müssen. [...] Als üblicher Preis gilt in der Branche das 5- bis 7-Fache des Jahresgewinns» (Kadritzke 2016). Selbst der Nettogewinn aus dem Jahr vor der Privatisierung lag bei mehr als der Hälfte des gesamten Kaufpreises ein Jahr später: «Im vergangenen Jahr [gemeint ist also das Jahr 2012; E.S.] lag der Nettogewinn bei mehr als 500 Millionen Dollar [das entsprach beim Dollar/Euro-Kurs vom 1. August 2013 rund 378,5 Mio. €; E.S.]» (Der Spiegel 2013). Vila/Peters (2016: 14) schreiben in ihrer Studie dazu: «On the day of the sale of the state's remaining OPAP shares to the Greek-Czech group Emma Delta, the shares were listed on the Athens Stock Exchange at €9.13 per share. However, the Greek government advised by Deutsche Bank and others, sold its shares for €6.13 apiece, a whopping 50 % less than their denoted value, thus creating a very lucrative deal for buyers.»

Und es kommt hinzu: Aufgrund bestimmter Vertragsbedingungen (vgl. Efsyn.gr 2013) weigert sich die inzwischen privatisierte OPAP, eine fünfprozentige Abgabe auf jede Wette abzuführen, die die Syriaza-Regierung 2015 eingeführt hat. «Zudem klagt sie gegen den griechischen Staat vor dem Londoner Internationalen Schiedsgericht auf Entschädigungszahlungen von einer Milliarde Euro. Das ist der jährliche Gewinn, den sich das Unternehmen von der Einführung von Video-Lotterie-Terminals (VLT) versprochen hat, die sie durch neue staatliche Regelungen blockiert sieht» (Kadritzke 2016).

Über den neuen Eigner der OPAP erfahren wir Folgendes: «Emma Delta gehört zu rund 67 Prozent dem tschechischen Unternehmer Jiri Smejck und zu 33 Prozent dem griechischen Reeder Giorgos Melissanides» (Handelsblatt 2013; analog Der Spiegel 2013). Und über Herrn Melissanides wiederum diese interessanten Details: «Just hours after

the deal was made and announced, Stelios Stavridis, the then director of HRADF [...] was en route to his holiday destination [...] on board of a private jet owned by Dimitris Melissanidis, one of Greece's wealthiest businessmen and owner of OPAP's buyer Emma Delta. [...] The case ultimately led to the dismissal of Stavridis from the Fund, but the sale was upheld» (Vila/Peters 2016: 14; analog FAZ.NET 2013).

Wir können also zusammenfassen: Das für den griechischen Staat hoch profitable absolute Monopol OPAP wurde Privaten für einen Kaufpreis übertragen, der weit unter dem Börsenpreis lag und nur etwa dem Doppelten eines Nettojahresgewinns des Monopols vor der Privatisierung entsprach, und das in einem Verfahren, das umgehend zur Entlassung des damaligen Chefs der Privatisierungsbehörde HRADF führte. Diese Privatisierung wurde deswegen aber nicht zurückgenommen, sondern der neue Eigner hält Abgaben in Millionenhöhe zurück und verklagt die griechische Regierung darüber hinaus auf 1 Mrd. € Schadensersatz aufgrund potenziell entgangener Zukunftsgewinne.

Auch dieser Privatisierungsvorgang wie seine Bewertung als «erfolgreich» (Handelsblatt 2013) bzw. «gelungener erster großer Deal» (Focus 2013) rufen also etwas Skepsis und Nachdenklichkeit hervor. Wenn nicht Kopfschütteln.

Hafen von Piräus (Athen)

(HRADF 2016d: 8, 2016i u. 2016n)

Am 8. April 2016 wurde zwischen der HRADF und der staatseigenen (!) chinesischen Cosco-Group, einem weltweit agierenden Großreeder und Logistikbetreiber, ein Vertrag unterzeichnet (Berater waren u.a. Morgan Stanley, die Piraeus Bank und Freshfields), der zwei Drittel der Anteile an der Hafengesellschaft von Piräus (OLP)¹⁸ an Cosco überträgt. Der Kaufpreis betrug 368,5 Mio. € – eine für 67 % von Griechenlands größtem, hoch profitablen Hafen (vgl. Piraeus Port Au-

¹⁸ Die OLP selbst hat mit der «HR» (Hellenic Republic) einen Konzessionsvertrag abgeschlossen, der bis 2052 läuft (HRADF 2016d: 8).

thority S.A. 2015) eher bescheiden erscheinende Summe. Der HRADF geht aber von Einnahmen von insgesamt 1,5 Mrd. € aus, und zwar, man lese und staune, bis zum Jahr 2052: «Total value of the agreement estimated at €1,5 bn, including also mandatory investment amounting to €350 mn over the next decade, plus the expected revenues from the Concession Agreement for the Hellenic Republic (a concession consideration of 3.5% of PPA's turnover), expected to total €410 mn overall (incl. expected dividends and the interest rate to be received by HRADF, plus estimated investments until the end of the concession in 2052)» (HRADF 2016d: 8). Wie schon im Falle der Privatisierungen der 14 Regionalflughäfen gilt auch hier: Eine solche Argumentation ist nicht seriös. Auch hier müsste gegengerechnet werden, welche Summen eine nicht privatisierte OLP in den nächsten zehn Jahren bzw. bis 2052 investieren und welche Konzessionsgebühren und Gewinne (und nicht nur, wenn überhaupt, Gewinnsteuern wie jetzt die Cosco) sie in diesem Zeitraum an den griechischen Staat zahlen würde. Der HRADF verrät auch nicht, dass in der genannten Investitionssumme etwa 115 Mio. € EU-Subventionen für den Ausbau des Hafens gleich mit eingerechnet wurden. Und schließlich wird auch nicht Folgendes gegengerechnet: «Bisher bezog die OLP von der Cosco-Tochter für deren zwei Container-Terminals¹⁹ eine jährliche (umsatzabhängige) Pachtsumme von zuletzt 35 Millionen Euro. 67 Prozent dieser Gelder fließen künftig an den OLP-Mehrheitseigner Cosco, wandern also von einer Cosco-Tasche in die andere. Damit entgehen dem griechischen Staat bis zum Ende der Pachtzeit mindestens 700 Millionen Euro. Diese verlorene Summe ist natürlich vom «Gesamtwert» der OLP-Privatisierung abzuziehen» (Kadritzke 2016).

Man beachte also: Nur der letzte der genannten Posten, die in diese Gegenrechnung seriöserweise einbezogen werden müssen, hat schon einen Umfang von fast dem Doppelten des Kaufpreises. Und interessant zudem: Befürworter von Privatisierungen, die behaupten, dass von Privaten geleitete Unternehmen grundsätzlich effektiver arbeiten als Staatsunternehmen, übereignen den Hafen von Piräus – ein

¹⁹ Vgl. hierzu auch Tagesschau.de 2016a.

100-prozentiges Staatsunternehmen. Auch beim Hafen von Piräus handelt es sich um ein natürliches Monopol – und eigentlich sogar um ein absolutes, denn es ist praktisch unmöglich, dass ein Konkurrent einen zweiten Hafen in – strategisch-geografisch – gleich guter Lage baut und damit einen Anbieterwettbewerb eröffnet. Und schließlich: Auch die OLP erwirtschaftete vor ihrer Privatisierung Gewinne (vgl. Peraeus Port Authority S.A. 2015), die an den griechischen Staat abgeführt wurden – und nicht nur Gewinnsteuern wie Cosco jetzt (oder vielleicht auch kaum oder auch nicht).

Auch im Falle der «Privatisierung» des Hafens von Piräus macht sich also Skepsis und Nachdenklichkeit breit.

Hellinikon (Gelände des ehemaligen Flughafens von Athen) (HRADF 2014 u. 2016j)

In einer Presseerklärung am 31. März 2014 erklärte der HRADF, dass das Gelände des ehemaligen Flughafens von Athen Hellinikon für einen Preis von 915 Mio. € zu 100 % der «Lamda Development SA»²⁰ überlassen werde (HRADF 2014).²¹ Die Transaktion (Berater waren u.a. die Citibank und Piraeus Bank) war dann im Juni 2016 «unter Dach und Fach», und zwar, wie in der Presse stenografisch kurz gemeldet wurde, als «letzte Bedingung vor Auszahlung weiterer Hilfstranchen» durch die EU (Die Welt 2016). Das Hellinikon, über 6 Mio. m² groß, liegt direkt am Meer in einem der reichsten Vorstadtgebiete Athens. Der Developer will dort insgesamt 5 Mrd. € investieren, so ein Sprecher von Lamda: «Wir werden Hochhäuser bauen, neue Wahrzeichen für Athen, ein integriertes Touristen-Resort, ein Casino, ein Aquarium, Museen, einen der größten Parks Europas, und das direkt am Mittelmeer; einen großen Bürokomplex, Einkaufszentren und einen riesigen Themenpark» (Sommer 2014) – neue Bürokomplexe und Einkaufszentren.

²⁰ Dabei handelt es sich um ein «Konsortium aus dem griechischen Unternehmen Lamda, der chinesischen Firma Fosun und der in Abu Dhabi ansässigen Firma Al-Maabar» (Die Welt 2016).

²¹ Dies umschließt eine direkte Eignerschaft von 30 % des Geländes und ein 99-jähriges Nutzungsrecht von 100 % des gesamten Komplexes (HRADF 2016d: 4).

tren, obwohl in Athen entsprechende Immobilien in bester Lage krisenbedingt zuhauf leer stehen. Und dann lesen wir noch: «Der Staat muss allerdings geschätzte vier Milliarden Erschließungskosten übernehmen. Und sogar die Küstenstraße unterirdisch verlegen, damit die Schönen und Reichen künftig besser ans Wasser kommen» (Beys/Moskau 2016).

Vila/Peters schreiben in ihrer Studie, in der sie unter anderem die Privatisierung des Hellinikon näher untersucht haben, zudem: «The Technical Chamber of Greece [...] published a report asserting that the true value of Hellinikon was over €3 billion. [...] The deal included the payment of a mere €915 million, spread over ten years. Because Lamda Development was the only bidder according to the HRADF, this meagre bid was the only option. However, the agency is now under investigation «for setting unduly restrictive criteria for the participation of investors». In other words: only Lamda Development was allowed to bid at the auction while other potential investors were excluded because of dubious conditions set by the HRADF» (Vila/Peters 2016; vgl. analog The Press Project 2014; Sommer 2014; Focus 2014).

915 Mio. € Kaufpreis für ein riesiges Gebiet in bester Lage und teurer Umgebung, das eher 3 Mrd. € wert ist, subventioniert mit 4 Mrd. € Erschließungskosten, die vom griechischen Staat übernommen werden, vergeben in einem fragwürdigen Verfahren, das deswegen inzwischen Gegenstand von Untersuchungen ist – auch in diesem Privatisierungsfall bleiben also Skepsis und Nachdenklichkeit zurück. Wenn nicht Fassungslosigkeit.

Staatsbahn TRAINOSE/ROSCO

(HRADF 2016k u. 2016o–r)

Die Privatisierung der Betriebsgesellschaft der griechischen Bahn (TRAINOSE) und der griechischen Gesellschaft für die Instandhaltung des sogenannten Rollmaterials (ROSCO) sollte ursprünglich (so verkündete 2012 die konservative Regierung unter Antonis Samaras) 200 Mio. € erbringen (Tagesschau.de 2015). Nach einer Prüfung des Investitionsbestands der hoch defizitären griechischen Bahn (vgl. Schlötzer 2016;

Christides 2013) durch die anfänglich interessierte Österreichische Bahn und ihren damaligen Chef Christian Kern (er ist inzwischen Bundeskanzler Österreichs) hieß es von dieser Seite, man nehme die griechische Bahn «nur geschenkt» (Tagesschau.de 2015). Auch die russische Bahn RZD und der griechische Baukonzern GEK-Terna, die sich zunächst interessiert zeigten, entschieden sich schließlich dagegen, «überhaupt ein Angebot abzugeben» (Tagesschau.de 2016d). Inzwischen war nur noch von maximal 100 Mio. € Erlösen die Rede (GTAI 2016b), bis schließlich nur ein einziger Bieter, die italienische Staatsbahn Ferrovie Dello Stato Italiane, wirklich etwas bot: 45 Mio. €. In einer Presseerklärung des HRADF vom 14. Juli 2016 erklärte dieser, dass «the Board of Directors of HRADF resolved to accept the offer and declared Ferrovie Dello Stato Italiane SpA as the preferred investor» (HRADF 2016r). Dabei wird in der Erklärung nicht explizit klar, was mit den 700 Mio. Schulden von TRAINOSE geschehen soll und wer sie in welcher Form und konkreten Höhe übernimmt – aber es scheint so, dass es nicht der zukünftige Eigner Ferrovie Dello Stato Italiane sein wird: «Furthermore, this is an important milestone that lays the foundations for the successful closure of the European Commission state aid dossier on the debt that TRAINOSE owes to OSE, which amounts to more than 700 million euro» (ebd.). Wenn diese Annahme berechtigt ist, würden dem Kaufpreis von 45 Mio. € eine staatliche Subventionierung des Verkaufs via Schuldenübernahme in Höhe von 700 Mio. € gegenüberstehen.

Es bleibt also festzuhalten: Die griechische Staatsbahn, auch sie ein – was das Streckennetz und die bauliche Infrastruktur betrifft – natürliches Monopol, geht, wie es aussieht: hoch subventioniert, an ein anderes Staatsunternehmen, und das zu einem Preis, der knapp dem zweier deutscher ICE-Züge entspricht. Gezahlter Preis und (anzunehmende) Subventionen saldieren sich zu einem Minus von 655 Mio. € für den griechischen Staat – da davon auszugehen ist, dass die Europäische Kommission mit ihrer «state aid» Griechenland auch in diesem Falle nichts schenken wird.

Zusammenfassend kann also gesagt werden: Die dargestellten Privatisierungen, die etwa 80 % der bisherigen Gesamterlöse der HRADF erbracht haben, betreffen erstens fast durch die Reihe sogenannte natürliche, oft sogar absolute Monopole, die nach der Logik eines funktionierenden Marktes (und seiner Vertreter) eigentlich überhaupt nicht privatisiert werden dürften, weil ein Anbieterwettbewerb nicht besteht und nicht bestehen kann – am allerwenigsten durch den Verkauf an andere (ausländische) Staatsbetriebe. Sie betrafen zweitens fast ausschließlich profitable, teilweise hoch profitable Staatsunternehmen, die dem griechischen Staat zu hohen Einnahmen verhalfen. Diese wurden drittens fast durchweg zu Preisen verkauft, die weit unter Marktpreisen oder Buchwerten lagen – nicht zuletzt aufgrund der Zwangslage und dem extremen Zeitdruck, unter dem diese Privatisierungen als EU-Vorgabe für weitere Hilfen vollzogen werden mussten, also unter denkbar schlechten Bedingungen (ganz abgesehen von den miserablen Verkaufsbedingungen, die in tiefen Wirtschaftskrisen sowieso vorherrschen). Die virtuellen Aufwertungen dieser Verkaufspreise (auf das Doppelte bis Vierfache) durch den HRADF mittels Einberechnung zukünftiger Erlöse für den griechischen Staat und die griechische Volkswirtschaft (durch zukünftige Steuerzahlungen oder Investitionen der neuen Eigner) sind nicht seriös, weil die Gegenrechnung (was hätten nicht privatisierte – wohlgemerkt: fast durchweg profitable – Staatsunternehmen dem griechischen Staat an Gewinnen bzw. Gewinnsteuern überwiesen und was hätten sie in Zukunft investiert?) durchweg unterblieb. Viertens erfolgte nur in einem Fall, dem der griechischen Staatsbahn, die Privatisierung eines hoch defizitären Staatsbetriebs. Aber dies geschah, wie es scheint, durch Schuldenübernahme staatlich hoch subventioniert, und zwar in einer Höhe, die fast dem Doppelten der Erlöse entspricht, die etwa die Privatisierung des Hafens von Piräus einbrachte. Und viele dieser Privatisierungen verliefen fünftens in dubiosen Verfahren, die öffentliche Untersuchungen und in einem Fall sogar den Rücktritt des damals amtierenden HRADF-Chefs zur Folge hatten.

Sehen wir nun, welche Folgen die bisherigen und die in naher Zukunft zu erwartenden Privatisierungen griechischen Staatsvermögens für den griechischen Staat, die griechische Bevölkerung und die neuen Eigner haben bzw. mit hoher Wahrscheinlichkeit haben werden.

V Die Folgen der Privatisierungen

Zunächst ein paar Zahlen und Größenordnungen, die die völlige Aussichtslosigkeit des Vorhabens verdeutlichen, die griechischen Staatsschulden in irgendeinem relevanten Sinne über Privatisierungserlöse reduzieren zu können: Die bis Ende 2015 eingenommenen ca. 3 Mrd. € Privatisierungserlöse entsprechen weniger als *einem* Prozent der griechischen Staatsschulden in Höhe von 314 Mrd. € im Jahr 2015 (Statista 2016k). Weil aus den Privatisierungserlösen laut Vorgabe der Troika anteilig auch die Rekapitalisierung griechischer Banken und neue Investitionen finanziert werden sollen (vgl. European Commission 2016a; Böcking 2015; Hickel 2015: 67; Attac 2016), bleibt für die Schuldentilgung also noch weit weniger als das genannte eine Prozent. Und de facto hat das wiederum nichts mit wirklicher Schuldentilgung zu tun – sondern mit Zinseszinszahlung, also mit einer «Rückzahlung» von etwas, was Griechenland nie bekommen hat. Griechenland hat zwischen 2010 und 2015 allein 52,3 Mrd. € an Zinsen an die Gläubigerländer gezahlt. Selbst wenn besagte 3 Mrd. € an bisherigen Privatisierungserlösen vollständig in die «Schuldentilgung» geflossen wären – es wären nur lächerliche 5,5 % *allein* der seit 2010 gezahlten *Zinsen*. Griechenland verkauft – zwangsweise – sein Volksvermögen (oft zu Schleuderpreisen und, wie es in einem Falle scheint, sogar staatlich hoch subventioniert) an oftmals ausländische neue Eigner, um mit den Erlösen *winzige Teile* auch nur der *Zinsansprüche* seiner ausländischen Gläubiger zu bedienen – weit jenseits aller wirklichen Schuldentilgung. Wann lässt sich, selbst unter Maßgabe einer streng wissenschaftlichen und der Wahrheitsfindung verpflichteten Argumentation, vom Ausverkauf eines Landes und der Ausbeutung eines ganzen Volkes sprechen, wenn nicht in einer solchen Situation?

Und in absehbarer Zeit wird sich an dieser Situation nichts ändern, ja sie wird sich verschlimmern, weil die «Filetstücke» der griechischen Staatsunternehmen bereits privatisiert sind. So sagte im April 2016 der derzeitige Chef der HRADF, Stergios Pitsiorlas, in einem Interview: «Die 50 Milliarden Euro [die man sich anfänglich als Privatisierungserlöse erhoffte; E.S.] sind – wie alle derartigen Planzahlen – bis zu einem gewissen Grad *willkürlich*. Sie beziehen sich auf einen *Zeitraum von 30 Jahren*. Zudem gilt dieses Ziel für den neuen Superfonds, der noch gegründet werden muss. Er soll, wie im dritten Kreditpaket vereinbart, Staatseigentum verwalten.¹ Das konkrete Ziel *bis Ende 2018* liegt nur bei etwas mehr als *sechs Milliarden Euro*» (Der Spiegel 2016; alle Hervorhebungen E.S.).² Also auch die Erlössummen, die bis 2018 (dem Ende des dritten Hilfsprogramms) zu erwarten sind, werden nur einen kleinen Bruchteil dessen ausmachen, was Griechenland bis dahin *auch nur an Zinsen* an seine Gläubiger gezahlt haben wird – zur Erinnerung: 70,1 Mrd. €.

Die Folgen der Privatisierungen für den griechischen Staat sind also in der Bilanz durchweg negativ: Allein die von Griechenland zu zahlenden Zinsen und Zinseszinsen sind weit höher und sie steigen weit schneller als die bisherigen und in naher Zukunft zu erwartenden Privatisierungserlöse (auch weil die sogenannten Filetstücke schon weg sind). Dem griechischen Staat entgehen durch die Privatisierungen profitabler Staatsunternehmen immense Einnahmemöglichkeiten – in the long run in Milliardenhöhe. Ihm entgehen zudem sämtliche direkten Einflussmöglichkeiten auf die schon oder zukünftig privatisierten Unternehmen, etwa im Sinne der Garantie eines hinreichenden Angebots in der Fläche im Falle von Verkehrsbetrieben oder der Einhaltung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards. Weil die großen Privati-

1_ Vgl. zu diesem «Superfonds» European Commission 2016b: 33–36. Er soll nicht nur jenes Staatseigentum privatisieren, das, wie derzeit, dem HRADF durch die griechische Regierung überantwortet wird, sondern von vornherein und ausnahmslos das gesamte griechische Staatsvermögen verwalten – unter noch strengerer Kontrolle und Überwachung durch die europäischen Institutionen.

2_ Zu den für 2016 zu erwartenden gesamten Privatisierungserlösen vgl. die Auflistung bei GTAI 2016b.

sierungsprojekte bislang fast ausschließlich natürliche, teilweise sogar absolute Monopole betrafen und auch in Zukunft betreffen werden, also die großen Infrastrukturnetze (Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, Wasser- und Gasversorgung etc.), gehen dem griechischen Staat und damit dem demokratischen Souverän, dem griechischen Volk, immense Einflussmöglichkeiten auf die ökonomische und strukturelle Entwicklung des gesamten Landes verloren.

Allein die Privatisierung defizitärer Staatsbetriebe erscheint für den griechischen Staat profitabel, weil zukünftige Subventionierungen dieser Betriebe wegfallen – aber nur dann, wenn die Privatisierung nicht selbst staatlich hoch subventioniert wird mit Mitteln, die in die Sanierung defizitärer Betriebe hätten fließen können.

Die Folgen der Privatisierungen für die griechische Bevölkerung können teilweise positiv sein, beispielsweise durch besseren Service und insgesamt ein besseres Angebot wie etwa nach der Privatisierung von Olympic Airlines. Das wird mit hoher Wahrscheinlichkeit aber nur dann der Fall sein, wenn der neue Eigner unter Wettbewerbsdruck steht (wie Olympic Airlines) und sich also um seine Kunden kümmern muss, damit sie nicht zur Konkurrenz überlaufen. Es wird eher oder auch überhaupt nicht der Fall sein, wenn der neue private Eigner ein Monopol übernimmt und damit schalten und walten kann ohne jede Rücksicht auf Konkurrenz, die es nicht gibt, oder auch auf Kundenwünsche. Dann – und dies betrifft die große Mehrheit der griechischen Privatisierungsprojekte – werden die Bürger als Kunden und Konsumenten, wie gezeigt, mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Preissteigerungen und nicht selten mit Serviceverschlechterungen rechnen müssen.

Die Folgen der Privatisierungen für die griechische *Arbeitsbevölkerung* sind gleichfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit negativ. Sanierungen defizitärer Betriebe oder auch weitere Effizienzsteigerungen bereits profitabler Unternehmen erfolgen fast immer primär über die Senkung der Personalkosten: durch Entlassungen und Lohnsenkungen bei den verbliebenen Beschäftigten, durch Verlängerung der Arbeits-

zeiten und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (Leistungsverdichtung, Ausweitung von Schichtarbeit etc.) sowie durch Reduktion der festangestellten Kernbelegschaft und Ausweitung der prekären Beschäftigung (Leiharbeiter, Mini-Jobber, erzwungene Teilzeiter, befristet Angestellte, Praktikanten etc.). Wenn es infolge von Privatisierungen zur Steigerung der Beschäftigtenzahlen kommt, dann geht das in hohem Maße auf die Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen zurück. Das ist selbst in einer international so erfolgreichen Volkswirtschaft wie der deutschen zu sehen, in der inzwischen knapp ein Viertel der Arbeitsbevölkerung prekär beschäftigt ist und in der speziell in Sektoren, die in der Vergangenheit privatisiert wurden, hoher Lohndruck und hohe Prekaritätsquoten zu verzeichnen sind (privatisierte Krankenhäuser, Paketdienste und Logistiker nach der Privatisierung der Deutschen Post und der Öffnung von deren Vertriebsmonopol etc.).

Zu den negativen Folgen für die griechische Bevölkerung gehört schließlich auch eine besondere Form von Privatisierung: die Entstaatlichung vormals staatlicher Angebote (das griechische Wort für Privatisierung lautet *apokratikopísi* und bedeutet direkt übersetzt Entstaatlichung): Was der Staat nicht mehr übernimmt – zum Beispiel im Gesundheits- oder Rentensystem –, das muss der Bürger selbst tragen, falls er es kann und er aufgrund defizitärer Versorgung nicht vielmehr chronisch erkrankt oder frühzeitig stirbt oder im Alter verarmt.

Die Folgen der Privatisierungen für die neuen (oft nicht griechischen) privaten Eigner sind hingegen ausschließlich positiv – ja, sie können fast nur in Superlativen beschrieben werden: Die Übereignung natürlicher und sogar absoluter Monopole an Private zu profitabler privater Verwertung kommt der Vergabe einer staatlichen Lizenz gleich, Geld zu drucken. Es ist unfassbar, wie man so etwas tun bzw. erzwingen kann, und es ist genauso unverständlich, warum nicht alle wirklichen Marktanhänger in Politik, Medien und Wirtschaftswissenschaft, die sonst nicht müde werden, die segensreichen volkswirtschaftlichen Wirkungen marktwirtschaftlicher Regulation und vor allem von Wettbewerb und Konkurrenzdruck zu preisen, gegen diese Politik der Pri-

vatisierung von Monopolen Sturm laufen. Geht es den Protagonisten dieser Politik vielleicht doch nicht primär um Wirtschaftsförderung via Stärkung von Wettbewerb und Konkurrenzdruck, sondern vielleicht doch nur um die Privatisierung monopolistischer Gewinne bei Sozialisierung der Verluste?

VI Fazit

Die umfassende Privatisierung staatseigener griechischer Unternehmen und anderen griechischen Staatsvermögens (Immobilien etc.) war eine Bedingung von EU, EZB, IWF und (später) ESM für die Gewährung der ersten beiden kreditären Hilfsprogramme 2010 und 2012 und eine *Conditio sine qua non* für die Bewilligung des dritten Programms 2015. Die Privatisierungserlöse sollten für den Schuldendienst, die Rekapitalisierung der griechischen Banken und für Investitionen in die griechische Infrastruktur und Wirtschaft verwendet werden. Von den privatisierten Unternehmen versprach und verspricht man sich Effizienzgewinne und steigende Steuereinnahmen.

In der Summe aller drei Programme wurde Griechenland ein Kreditrahmen von 368,6 Mrd. € gewährt – eine gewaltige Summe gemessen am griechischen BIP von 176 Mrd. € im Jahr 2015. Von diesem Kreditrahmen sind bis 2015 aber nur 215,9 Mrd. € ausgeschöpft worden, und davon sind weniger als 5 %, nämlich 10,8 Mrd. €, wirklich in den griechischen Staatshaushalt geflossen (als rückzahlbare, verzinsliche Kredite wohl gemerkt). Der «Rest» floss in die Schuldentilgung bzw. in die Umschuldung, also in einen Risikotransfer von privaten Banken hin zu öffentlichen Trägern (EU, EZB, IWF, ESM), in Zinszahlungen sowie in die Finanzierung von Anreizen für private Gläubiger, sich am Umschuldungsprogramm (PSI) zu beteiligen. Griechenland hat im Zeitraum von 2010 bis 2015 aber umgekehrt 52,3 Mrd. € Zinsen an seine Gläubiger gezahlt (ab dem zweiten Hilfsprogramm waren das vor allem EU, EZB und IWF), und bis 2018, wenn das dritte Programm ausläuft, werden es insgesamt 70,1 Mrd. € (gewesen) sein. Der Saldo des Kapitalflusses war und ist für Griechenland also negativ – trotz aller «Hilfen».

Weil die Gewährung der genannten Kreditspielräume an die Durchführung einer rigiden Sparpolitik geknüpft war (und ist), kam es in Griechenland, das nach Ausbruch der internationalen Banken- und Finanzmarktkrise 2008 sowieso schon mit starken Wirtschaftsproblemen und einer massiven Ausweitung der Staatsverschuldung zu kämpfen hatte, zu einem beispiellosen Zusammenbruch der Wirtschaft (Einbruch des BIP um gut 25 %, Anstieg der Arbeitslosigkeit auf bis zu 27 %, Anstieg der Staatsschulden um 30 Prozentpunkte auf 176,9% des BIP) und der Sozialsysteme (massiver Anstieg medizinischer Unterversorgung, der Armut, der Obdachlosigkeit, der Selbstmordrate etc.).¹ Die «griechischen Krankheiten» (mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Volkswirtschaft, staatsbürokratische Ineffizienz, Schlendrian bei der Steuereintreibung etc.) können erklären und erklären auch de facto, warum sich die griechische Volkswirtschaft über lange Jahre weit weniger gut entwickelt hat als etwa die deutsche. Sie können aber keinen schockartigen Wirtschaftszusammenbruch erklären, weil sich diese «Krankheiten» natürlich nicht schlagartig verstärkt haben. Dass die rigiden Sparprogramme schuld waren am schockartigen Zusammenbruch der griechischen Wirtschaft, wird inzwischen selbst vom IWF zugestanden und auch von mehr und mehr Wirtschaftswissenschaftlern.

Auch der Versuch, der Staatsverschuldung durch Privatisierungserlöse beizukommen, muss als vollständig gescheitert betrachtet werden. Bis Ende 2015 wurden nur etwa 3 Mrd. € eingenommen (obwohl an erster Stelle die «Filetstücke» der griechischen Staatsunternehmen privatisiert wurden) und bis 2018 sollen es nur 6 Mrd. € sein – winzige Summen gemessen an den griechischen Staatsschulden von 314 Mrd. € im Jahr 2015 und immer noch winzige Summen gemessen *allein* an den *Zinsen*, die Griechenland bis 2015 an seine Gläubiger gezahlt hat

¹ Es mutet fast zynisch an, wenn die EU-Kommission vor dem Hintergrund dieser verheerenden Folgen ihrer Politik schreibt: «Overall, the measures are intended to enable the Greek economy to return to a sustainable growth path based on sound public finances, enhanced competitiveness, high employment and financial stability» – und dann sogar noch von intendierter «social fairness» und ihrem Willen spricht, «to protect the most vulnerable in society» (European Commission 2016a).

(52,3 Mrd. €) und bis 2018 insgesamt zahlen wird (70,1 Mrd. €). Privatisiert wurden bislang groteskerweise vor allem profitable und teilweise hoch profitable Staatsunternehmen, sodass dem griechischen Staat sprudelnde Einnahmequellen abhandenkamen. Die von den neuen Eignern (oft Staatsbetriebe anderer Länder) gezahlten Preise können durch die Reihe nur als Schleuderpreise bezeichnet werden, und die Privatisierungsverfahren waren oft dubios. Da in der Regel profitable natürliche Monopole und in einem Fall sogar ein hoch profitables absolutes Monopole an private Eigner übertragen wurden, kann man mit Fug und Recht sagen, dass Privaten Lizenzen zum Gelddrucken übereignet wurden. Auch die anvisierten zukünftigen Privatisierungen betreffen in hohem Maße natürliche Monopole (Netze der Energie-, Wasser- oder Gasversorgung etc.).

Die Gewinne für die neuen privaten oder staatlichen Eigner sind immens, die Verluste für den griechischen Staat ebenso – und auch für die griechische Bevölkerung, die bei privatisierten Monopolisten mit Preissteigerungen und Serviceverschlechterungen rechnen muss und als Arbeitsbevölkerung Opfer von Sanierungs- und Kostensenkungsprogrammen der neuen privaten oder staatlichen Monopolisten zu werden droht (via Entlassungen, Lohnkürzungen, Prekarisierungen etc.).

Schlussfolgerungen

1. Eine Wirtschaftstheorie bzw. Wirtschaftstheoreme, deren wirtschaftspolitische Durchführung zu solch katastrophalen Ergebnissen wie den hier dargestellten und zum genauen Gegenteil dessen führt, was die Theoreme voraussagen, muss bzw. müssen fundamental falsch sein. Es ist wirtschaftswissenschaftlich und logisch völlig unbegreiflich, wie schockartig verabreichte rigide Sparprogramme eine Volkswirtschaft (und damit die Staatseinnahmen und die Möglichkeiten der Schuldentilgung) auf Wachstumskurs bringen sollen, die sowieso schon in einer schweren Krise steckt. Es kann kein einziger wirtschaftshistorischer Fall angeführt werden, bei dem rigide Brüning'sche Sparpolitik nicht immer tiefer in die Krise geführt hätte – statt aus ihr

heraus. Deutschland hat nach dem Wirtschaftseinbruch von 2009 eine genau gegenteilige Politik expansiver Nachfragestärkung betrieben und damit großen Erfolg gehabt.

2. Griechenland wird niemals ohne einen fundamentalen Schuldenschnitt aus seiner Schuldenfalle herauskommen. Die Forderung des IWF, die griechischen Staatsschulden auf lange Jahrzehnte zins- und tilgungsfrei zu stellen, ist als erster Schritt völlig richtig. Schon das käme einem heftigen Schuldenschnitt gleich. Worauf die Gläubiger dabei «verzichten» würden, wäre nicht etwas, was sie je gegeben hätten, sondern allein die weitere Ausbeutung des griechischen Volkes durch die Eintreibung von Zins und Zinseszins – denn zu nichts anderem sind die griechischen Staatsschulden über die Jahre und Jahrzehnte der Umschuldungen über Umschuldungen geworden: zu akkumulierten, exponentiell wachsenden Zinseszinsen.² Die Griechen zahlen schon seit Jahren «zurück», was sie nie bekommen haben. Man stelle sich vor, welche positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen es gehabt hätte, wenn Griechenland die 52,3 Mrd. € Zinsen, die es zwischen 2010 und 2015 an seine Gläubiger zahlen musste, in die Entwicklung der eigenen Wirtschaft hätte stecken können. Und die 17,8 Mrd. €, die es bis 2018 noch an Zinsen zahlen muss, zudem. Es wäre ein gigantisches Konjunkturförderungsprogramm geworden und hätte darüber die Staatseinnahmen und -finanzen massiv verbessert.

3. Was der griechischen Wirtschaft und damit dem griechischen Staat und der griechischen Bevölkerung wirklich helfen würde, ist nicht die Privatisierung – am allerwenigsten profitabler bis hoch profitabler – Staatsunternehmen, sondern wären Programme und (zinsgünstige bis zinsfreie) Kredite der EU, der EZB und des IWF, um die Effizienz von defizitären Staatsunternehmen und der staatlichen Verwaltung zu steigern und diese grundlegend zu modernisieren. Nicht, um ein Beispiel

² Ja, es handelt sich um Ausbeutung: Die 70,1 Mrd. € Zinsen, die Griechenland seit 2010 an seine Gläubiger gezahlt hat bzw. anteilig bis 2018 noch zahlen wird, entsprechen etwa 40 % des gesamten griechischen BIP des Jahres 2015 (176 Mrd. €). Das griechische Volk hat quasi die ersten fünf Monate des Jahres 2015 nur für die Begleichung der Zinsansprüche seiner Gläubiger gearbeitet!

zu nennen, die Privatisierung der griechischen Staatsbahn ist die Lösung, sondern ihre Modernisierung nach dem Muster der profitablen staatseigenen Deutschen Bundesbahn – womöglich sogar in einem Joint-Venture zwischen beiden. Die griechischen Infrastrukturnetze (Verkehrswege-, Energie-, Wasserversorgungsnetze etc.) sollten nicht privatisiert werden, sondern via Effizienzsteigerungsprogramme in profitable Staatsunternehmen verwandelt werden (falls sie das nicht schon sind – und wenn sie schon profitabel sind, könnten zusätzliche Effizienzsteigerungen die staatlichen Einnahmen weiter verbessern). Die Öffnung der profitablen staatlichen Netze für private Anbieter (private Bahnbetriebe, private Öko-Strom-Produzenten etc.) würde zu zusätzlichen Gebühreneinnahmen führen, mit denen die Staatsfinanzen saniert oder Sozialeinkommen (wieder) gestärkt werden könnten (statt sie wie bisher immer nur rigide zu kürzen) und damit auch die Binnennachfrage und die Wirtschaft insgesamt. Das wären Reformen, die ihren Namen verdienen, im Gegensatz zu den Kürzungsorgien vor allem im sozialen Bereich, die Griechenlands Wirtschaft und seine Staatsfinanzen in den Abgrund geführt haben, und zu den Privatisierungen profitabler griechischer Staatsunternehmen, die, wenn sie weiter laufen wie bisher, alles nur noch verschlimmern.

Würde der geplante «Superfonds» zur Verwaltung des gesamten griechischen Staatsvermögens analog zum «norwegischen Staatsfonds» (Troost 2015: 1) konzipiert werden, also im Sinne einer optimalen Vermögensverwaltung und -verwertung zugunsten des Staates und damit des Volkes – er könnte zum Segen für Griechenland geraten. Dies würde im begründbaren Einzelfall durchaus Privatisierungen in strategisch irrelevanten Bereichen umschließen können (warum der Staat irgendwelche x-beliebigen, strategisch nicht relevanten Dinge herstellen sollte, die Private genauso gut herstellen können, ist grundsätzlich nicht einzusehen), aber ginge darüber weit hinaus im Sinne einer optimalen, sachadäquaten Verwaltung des Volksvermögens unter Nutzung verschiedenster Eigentumsformen: Staatsbetriebe in strategisch relevanten Bereichen (Versorgungsnetze), öffentlich-rechtliche Organisationsformen (Medien, Krankenhäuser etc.) oder auch Stiftun-

gen (Bildungs- und Forschungsinstitute etc.) und Genossenschaften (Landwirtschaft, Sozialwohnungsbau etc.) je nach Sachlage und anvisiertem Zweck. Es bleibt abzuwarten, wie der anvisierte «Superfonds» konzipiert sein wird und welche politischen Kräfte sich dabei durchsetzen werden – die Hohepriester rücksichtsloser Privatisierung oder die Advokaten einer ebenso gemeinwohlorientierten wie effizienten Verwaltung und Verwertung des griechischen Volksvermögens.

VII Quellen- und Literaturverzeichnis¹

- Arnim, Matthias von (2015): Schatzsuche in der Ägäis, unter: www.wiwo.de/griechenland-schatzsuche-in-der-aegaeis/12581950.html.
- Attac (2016): Fraport kassiert – griechischer Staat zahlt und haftet. Erlös aus Flughafen-Ausverkauf kommt allein Gläubigern Griechenlands zugute, unter: www.attac.de/startseite/detailansicht/news/fraport-kassiert-griechischer-staat-zahlt-und-haftet/?no_cache=1&cHash=086804fa404df7f4bc923a779fe5c96d.
- Beutelsbacher, Stefan (2015): Top-Ökonomen fordern Ende des Spardiktats für Athen, unter: www.welt.de/wirtschaft/article142043554/Top-Oekonomen-fordern-Ende-des-Spardiktats-fuer-Athen.html.
- Beys, Antonios/Moskau, Gunter (2016): Zwangs-Privatisierungen in Griechenland, unter: www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/sendung/sendung-vom-30032016-griechenland-100.html.
- Blanchard, Olivier (2015): Greece: Past Critiques and the Path Forward, unter: <https://blog-imfdirect.imf.org/2015/07/09/greece-past-critiques-and-the-path-forward/>.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2014): Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2013, unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2014/04/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-2-wichtigsten-steuern-im-internationalen-vergleich-2013.html.
- BMF (2015): Monatsbericht. Finanzhilfen für die Stabilisierung und Reformen in Griechenland. Ein drittes Hilfsprogramm für Griechenland – ein Überblick, unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2015/09/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-5-drittes-hilfsprogramm-griechenland.html.
- BMF (2016): Europäische Finanzhilfen im Überblick (Stand: 31. Mai 2016), unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/europaeische-finanzhilfen-im-ueberblick-pdf.
- BMWE (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) (2015): Bundesminister Sigmar Gabriel im Interview mit dem Stern zur Griechenlandkrisewww.bmwi.de/DE/Presse/reden,did=719362.html.
- Böcking, David (2015): Privatisierungen in Griechenland. Seid erfunden, Milliarden, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-privatisierung-ist-unrealistisch-a-1043454.html.

¹ Für sämtliche oben genannten Websites gilt als Datum des letzten Zugriffs der 31. August 2016.

- Bontrup, Heinz-J. (2016): Ohne Schuldenschnitt kein Neuanfang, unter: www.fr-online.de/gastbeitraege/austeritaetspolitik-nur-ein-schulden-schnitt-wuerde-griechenland-helfen,29976308,34238900.html?dmcid=sm_fb.
- Broß, Siegfried/Engartner, Tim (2013): Vom Wasser bis zur Müllabfuhr: Die Renaissance der Kommune, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2013, S. 90ff.
- Brust, Martin (2016): «Fraport kassiert, Athen haftet», unter: www.fr-online.de/wirtschaft/flughafen--fraport-kassiert--athen-haftet-,1472780,34087380.html.
- Bundesnetzagentur (2016): www.bundesnetzagentur.de.
- Buse, Malte (2013): Die wissenschaftliche Basis der Sparpolitik bröckelt, unter: www.zeit.de/wirtschaft/2013-04/rogoff-reinhart-sparpolitik-kritik/komplettansicht.
- Christides, Giorgos (2013): Flughafenprivatisierung: Griechen streiten über chinesische Investoren, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-chinesen-wollen-den-athener-flughafen-uebernehmen-a-938542.html.
- Der Spiegel (2013): Schuldenabbau: Griechenland privatisiert das Glücksspiel, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/erfolgreiche-privatisierung-griechenland-verkauft-gluecksspielanbieter-a-897627.html.
- Der Spiegel (2016): Privatisierung in Griechenland: «Der deutsche Druck hat positive Folgen.» Interview mit Stergios Pitsiorlas, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-athens-chef-privatisierer-verbreitet-hoffnung-a-1088312.html.
- Destatis (Statistisches Bundesamt Deutschland) (2016): VGR des Bundes – Brutto-wertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, unter: www-genesis.destatis.de.
- Deutsche Bahn AG (2015): Integrierter Bericht 2015, unter: www.deutschebahn.com/file/de/2155664/jah93cDWNcOLUovUY0dr7AWEWMc/10948130/data/ib2015_dbkonzern.pdf.
- Deutsche Bundesbank (2010): Auswirkungen von Maßnahmen zur Stützung von Finanzinstituten und EWU-Ländern auf Maastricht-Defizit und -Schuldenstand, Monatsbericht Oktober 2010, S. 80f., unter: www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichte/2010/2010_10_monatsbericht.pdf?__blob=publicationFile.
- Die Welt (2016): Verkauf von früherem Flughafen Athen-Ellinikon so gut wie unter Dach und Fach, unter: www.welt.de/newsticker/news2/article156046653/Verkauf-von-frueherem-Flughafen-Athen-Ellinikon-so-gut-wie-unter-Dach-und-Fach.html.
- Die Zeit (2016): IWF will Griechenland Zins und Tilgung stunden, unter: www.zeit.de/wirtschaft/2016-05/schuldenkrise-iwf-griechenland.
- Dittmer, Diana (2015): Die Horror-Bilanz der Griechenland-Hilfen, unter: www.n-tv.de/wirtschaft/Die-Horror-Bilanz-der-Griechenland-Hilfen-article14690166.html.
- Döring, Tobias (2012): Deutsche Bad Banks. Das sind die Milliardenfriedhöfe der Geldinstitute, unter: www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/deutsche-bad-banks-das-sind-die-milliardenfriedhoe-fe-der-geldinstitute/6827072.html.

- Efsyn.gr (2013): Η «εμπιστευτικότητα» ενός ξεπουλήματος [Die «Vertraulichkeit» eines Ausverkaufs; E.S.], unter: www.efsyn.gr/arthro/i-empisteytikotita-enos-xepoylimatos.
- Ehrenfried, Felix (2013): Verzweiflung in Griechenland, unter: www.wiwo.de/politik/europa/griechenland-verzweiflung-in-griechenland/8129056-all.html.
- Europäische Union (2016a): Griechenland, unter: http://europa.eu/about-eu/countries/member-countries/greece/index_de.htm.
- European Commission (2015): Memorandum of Understanding between the European Commission acting on behalf of the European Stability Mechanism and the Hellenic Republic and the Bank of Greece, unter: http://ec.europa.eu/economy_finance/assistance_eu_ms/greek_loan_facility/pdf/01_mou_20150811_en.pdf.
- European Commission (2016a): Financial assistance to Greece, unter: http://ec.europa.eu/economy_finance/assistance_eu_ms/greek_loan_facility/index_en.htm.
- European Commission (2016b): Supplemental Memorandum of Understanding, 16.6.2016, unter: http://ec.europa.eu/economy_finance/assistance_eu_ms/greek_loan_facility/pdf/smou_en.pdf.
- Eurostat (2016a): Bruttoverschuldung des Staates – jährliche Daten, unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&code=teina225&plugin=1>.
- Eurostat (2016b): Europäische Union. Griechenland, unter: http://europa.eu/about-eu/countries/member-countries/greece/index_de.htm.
- FAZ.NET (2011): Griechenland will sein Tafelsilber verkaufen, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/privatisierungen-angekuendigt-griechenland-will-sein-tafelsilber-verkaufen-1638951.html.
- FAZ.NET (2013): Korruptionsverdacht. Griechenland feuert abermals Chef von Privatisierungsagentur, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/korruptionsverdacht-griechenland-feuert-abermals-chef-von-privatisierungsagentur-12537103.html.
- FAZ.NET (2015): Fraport übernimmt Betrieb 14 griechischer Flughäfen, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fraport-uebernimmt-betrieb-von-14-griechischen-flughaefen-13965311.html.
- Fittkau, Ludger/Bormann, Thomas (2015): Fraport in Griechenland. Schnäppchen oder Aufbauhilfe?, unter: www.deutschlandfunk.de/fraport-in-griechenland-schnaepchen-oder-aufbauhilfe.724.de.html?dram:article_id=330420.
- Focus (2013): Glücksspiel-Firma Opap. Sie können's doch: Griechen melden Privatisierung, unter: www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/gluecksspiel-firma-opap-athen-kann-endlich-privatisierungs-erfolg-vermelden_aid_1069352.html.
- Focus (2014): Griechenlands Treuhandanstalt auf Abwegen. Ups – ich habe gerade eure Kaserne verkauft!, unter: www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/griechenlands-treuhandanstalt-auf-abwegen-ups-ich-habe-gerade-eure-kaserne-verkauft_id_4168900.html.

- Fraport AG (2015): Geschäftsbericht 2015, unter: www.fraport.de/content/fraport/de/misc/binaer/investor-relations/geschaeftsberichte/geschaeftsbericht-2015/jcr:content.file/geschaeftsbericht-2015.pdf.
- Fraport AG (2016): Basisdaten & Aktionärsstruktur, unter: www.fraport.de/de/investor-relations/fraport-aktie/basisdaten-aktionaeersstruktur.html.
- Fraunberger, Richard (2016): Ökonomie in Schockstarre. Griechenlands Wirtschaft bröckelt an allen Ecken, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/die-griechische-wirtschaft-broeckelt-14340574.html.
- Frühlingsdorf, Michael/Tietz, Janko (2006): Kampf um den Müll, unter: www.spiegel.de/spiegel/print/d-46046443.html.
- GTAI (Germany Trade & Invest) (2016a): Wirtschaftsdaten Kompakt. Griechenland, unter: www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Wirtschaftsklima/wirtschaftsdaten-kompakt,t=wirtschaftsdaten-kompakt-griechenland,did=1584666.html.
- GTAI (2016b): Griechenland muss Privatisierungen rasch umsetzen, unter: www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/suche,t=griechenland-muss-privatisierungen-rasch-umsetzen,did=1471256.html.
- GTAI (2016c): Asset Development Plan des Staatlichen Verwertungsfonds für das öffentliche Privatvermögen, unter: www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/_SharedDocs/Pdf/Maerkte/griechenland-projektliste-privatisierung.pdf?v=3.
- Handelsblatt (2011): Griechenland startet Ausverkauf von Staatsbesitz, unter: www.handelsblatt.com/politik/international/privatisierung-griechenland-startet-ausverkauf-von-staatsbesitz-seite-2/4176384-2.html.
- Handelsblatt (2013): Griechenland. Erste größere Privatisierung erfolgreich, unter: www.handelsblatt.com/unternehmen/dienstleister/griechenland-erste-groesse-privatisierung-erfolgreich-8627446.html.
- Handelsblatt (2015): Griechische Glücksspielfirma. OPAP erwirtschaftet satten Gewinn, unter: www.handelsblatt.com/unternehmen/dienstleister/griechische-gluecksspielfirma-opap-erwirtschaftet-satten-gewinn/11575186.html.
- Hickel, Rudolf (2015): Rettet Griechenland!, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2015, S. 61ff.
- Höhler, Gerd (2008): Fluggesellschaft wird privatisiert. Olympic Airlines vor der letzten Landung, unter: www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/fluggesellschaft-wird-privatisiert-olympic-airlines-vor-der-letzten-landung/3022446.html.
- Höhler, Gerd (2013): Griechenland. Ein Land spart sich arm, unter: <http://pdf.zeit.de/wirtschaft/2013-07/griechenland-sparen-krise.pdf>.
- Höhler, Gerd (2015): Hellas wird zum Land der Arbeitslosen und Rentner, unter: www.tagesspiegel.de/politik/armut-in-griechenland-hellas-wird-zum-land-der-arbeitslosen-und-rentner/12645408.html.
- HRADF (Hellenic Republic Asset Development Fund) (2014): Press Release. Lambda Development is nominated Preferred Investor for the acquisition of the share capital of Hellinikon S.A., unter: www.hradf.com/sites/default/files/attachments/20140331-press-release-hellinikon-en.pdf.

- HRADF (2015): Press Release. Concession Agreement for the Upgrade, Maintenance, Management and Operation of the 14 Greek Regional Airports, unter: www.hradf.com/sites/default/files/attachments/RegionalAirports_Eng141215.pdf.
- HRADF (2016a): Hellenic Republic Asset Development Fund, unter: www.hradf.com/en.
- HRADF (2016b): The Fund, unter: www.hradf.com/en/the-fund.
- HRADF (2016c): Το Ταμείο, unter: www.hradf.com/el/the-fund.
- HRADF (2016d): Updated Asset Development Plan. www.hradf.com/sites/default/files/attachments/ADP%202016%20as%20approved%20by%20BoD.pdf.
- HRADF (2016e): Portfolio, unter: www.hradf.com/en/portfolio.
- HRADF (2016f): Board of Directors, unter: <http://hradf.com/en/the-fund/core-team>.
- HRADF (2016g): Regional Airports, unter: www.hradf.com/en/regional-airports.
- HRADF (2016h): ΟΠΑΠ (Opap). Hellenic Football Prognostics Organisation, unter: www.hradf.com/en/hellenic-football-prognostics-organisation.
- HRADF (2016i): OLP, OLTH (Häfen von Piräus und Thessaloniki), unter: www.hradf.com/en/portfolio/ports.
- HRADF (2016j): Hellinikon (Gelände des ehemaligen Flughafens von Athen), unter: www.hradf.com/en/portfolio/hellinikon.
- HRADF (2016k): TRAINOSE (griechische Staatsbahn), unter: www.hradf.com/en/portfolio/hellenic-railways-organisation.
- HRADF (2016l): 23 Regional Airports in Greece, unter: www.hradf.com/sites/default/files/attachments/23%20Regionals%20RfP%20for%20Advisor.pdf.
- HRADF (2016m): Fund's Quarter report for the period 01/01/2015 – 31/12/2015, unter: www.hradf.com/sites/default/files/attachments/HRADF%20REPORT%202015_EN.pdf.
- HRADF (2016n): Press Release. Signing of the agreement for the sale of PPA entered into by HRADF and China COSCO Shipping Corporation Limited, unter: www.hradf.com/sites/default/files/attachments/HRADF%20Press%20Release_PPA_Signing080416.pdf.
- HRADF (2016o): Process Letter for the privatisation of ROSCO S.A., unter: www.hradf.com/sites/default/files/attachments/ROSCO%20_%20Relaunch%20Process%20Letter%20_%20%2021%2007%202016_final_2.pdf.
- HRADF (2016p): ROSCO, unter: www.hradf.com/en/portfolio/rosco.
- HRADF (2016q): Privatisation of TRAINOSE S.A. Process Letter, unter: www.hradf.com/sites/default/files/attachments/TRAINOSE%20_%20Relaunch%20Process%20Letter%20_%2027%20January%202016_0.pdf.
- HRADF (2016r): Press Release [zu TRAINOSE; E.S.], unter: www.hradf.com/sites/default/files/attachments/HRADF_TRAINOSE071416.doc_.pdf.
- Kadritzke, Nils (2014): Die Legende vom griechischen Schummeln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2014, S. 29ff.
- Kadritzke, Nils (2016): Privatisierungsschwindel in Griechenland, unter: http://monde-diplomatique.de/shop_content.php?colD=100071.

- Karamanoli, Eva (2015): 5 years of austerity takes its toll on Greek health care, unter: [www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(15\)01163-0/fulltext?rss%3Dyes](http://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(15)01163-0/fulltext?rss%3Dyes).
- Krätke, Michael R. (2015): Die griechische Machtprobe, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2015, S. 5ff.
- Lufthansa Consulting (2016): Hellenic Republic Asset Development Fund. It takes a range of skills to privatize a network of 37 airports. www.lhconsulting.com/company/project/privatizing-greek-airports/.
- Manager Magazin (2013): Chinesen auf Schnäppchenjagd in Griechenland, unter: www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/privatisierung-wie-china-sich-in-griechenland-einkauft-a-907973-3.html.
- Mussler, Werner/Hermann, Rainer (2009): Griechenlands Defizit plötzlich verdoppelt, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/aerger-in-bruessel-griechenlands-defizit-plotzlich-verdoppelt-1865830.html.
- Mussler, Werner/Plickert, Philip (2016): Drittes Hilfspaket. Griechenland sperrt sich gegen Privatisierung, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/in-der-krise-weicht-griechenland-von-privatisierungsziel-ab-14162026.html.
- Piraeus Port Authority S.A. (2015): Increase of 47 % in Earnings Before Taxes for 9M 2015, unter: www.olp.gr/en/press-releases/item/2897-increase-of-47-in-earnings-before-taxes-for-9m-2015.
- POGO (Project on Government Oversight) (2011): Bad Business: Billions of Taxpayer Dollars Wasted on Hiring Contractors, unter: www.pogo.org/our-work/reports/2011/co-gp-20110913.html#Executive%20Summary.
- Potrafke, Niklas/Reischmann, Markus (2016a): Griechische Malaise, unter: www.cesifo-group.de/de/ifoHome/policy/Staff-Comments-in-the-Media/Press-articles-by-staff/Archive/Eigene-Artikel-2016/medienecho_ifostimme-handelsblatt-13-04-2016.html.
- Potrafke, Niklas/Reischmann, Markus (2016b): Wirtschaftsreformen in Griechenland: Eine Herkulesaufgabe, unter: www.cesifo-group.info/DocDL/sd-2016-06-2016-3-24.pdf.
- Rocholl, Jörg/Stahmer, Axel (2016): Where did the Greek bailout money go? ESMT White Paper No. WP-16-02, unter: <http://static.esmt.org/publications/whitepapers/WP-16-02.pdf>
- Rügemer, Werner (2010): Public Private Partnership: Die Plünderung des Staates, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2010, S. 75ff.
- Schlötzer, Christiane (2016): Privatisierung in Griechenland. Eine neue Seidenstraße, unter: www.sueddeutsche.de/wirtschaft/privatisierung-in-griechenland-eine-neue-seidenstrasse-1.2850756.
- Schumann, Harald (2015): Macht ohne Kontrolle – die Troika, Dokumentarfilm, unter: www.youtube.com/watch?v=Sw3gdliKYBM.
- Simantke, Elisa (2015): Fraport und die Regionalflughäfen. Wie Griechenlands Staatsbesitz privatisiert wird, unter: www.tagesspiegel.de/politik/

- fraport-und-die-regionalflughafen-wie-griechenlands-staatsbesitz-privatisiert-wird/12214280.html.
- Sommer, Jerry (2014): Athen. Streit um ehemaliges Flughafengelände, unter: www.deutschlandfunk.de/athen-streit-um-ehemaliges-flughafengelaeende.795.de.html?dram:article_id=289442.
- Statista (2016a): Griechenland: Handelsbilanzsaldo von 2005 bis 2015 (in Milliarden US-Dollar), unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/15615/umfrage/handelsbilanz-von-griechenland/>.
- Statista (2016b): Griechenland: Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen von 2006 bis 2016, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14398/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-griechenland/>.
- Statista (2016c): Griechenland: Staatseinnahmen und Staatsausgaben von 2005 bis 2015, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/200550/umfrage/staatseinnahmen-und-staatsausgaben-in-griechenland/>.
- Statista (2016d): Zunächst der EU gemeldetes und tatsächliches Haushaltsdefizit von Griechenland von 1997 bis 2009, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/185917/umfrage/gemeldetes-und-tatsaechliches-haushaltsdefizit-von-griechenland/>.
- Statista (2016e): Rendite für Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit ausgewählter Länder weltweit im Juni 2016, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/77722/umfrage/rendite-von-zehnjaehrigen-staatsanleihen-nach-europaeischen-laendern/>.
- Statista (2016f): Griechenland: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2006 bis 2016 (gegenüber dem Vorjahr), unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14538/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-griechenland/>.
- Statista (2016g): Griechenland: Arbeitslosenquote von 2006 bis 2016, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/17312/umfrage/arbeitslosenquote-in-griechenland/>.
- Statista (2016h): Japan: Staatsverschuldung von 2006 bis 2016 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/152666/umfrage/staatsverschuldung-japans-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/>.
- Statista (2016i): Wirtschaftswachstum in Deutschland anhand der Veränderung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gegenüber dem Vorjahr in den Jahren 1992 bis 2015, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/2112/umfrage/veraenderung-des-bruttoinlandprodukts-im-vergleich-zum-vorjahr/>.
- Statista (2016j): Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Deutschland von 2003 bis 2015 (in 1.000), unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/12910/umfrage/entwicklung-des-personalbestandes-im-oeffentlichen-dienst-in-deutschland/>.
- Statista (2016k): Griechenland: Staatsverschuldung von 2005 bis 2015 (in Milliarden Euro), unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167459/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland/>.

- Stuckler, David/Basu, Sanjay (2014): Griechenland als Exempel. Wie die EU-Sparpolitik ein Gesundheitssystem ruiniert, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2014, S. 59ff.
- Tagesschau.de (2015): Verhandlungen über drittes Hilfspaket. Die griechische Bahn? Nur geschenkt!, unter: www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland-privatisierungen-101.html.
- Tagesschau.de (2016a): Privatisierung in Griechenland. Chinesischer Konzern übernimmt Hafen von Piräus, unter: www.tagesschau.de/wirtschaft/hafen-piraeus-101.html.
- Tagesschau.de (2016b): Halbjahreszahlen der Bahn. Höherer Gewinn und Fahrgastrekord, unter: www.tagesschau.de/wirtschaft/bahn-halbjahreszahlen-101.html.
- Tagesschau.de (2016c): Parlament in Athen billigt Hafen-Privatisierung. Das «Filletstück» ist weg, unter: www.tagesschau.de/wirtschaft/piraeus-hafen-101.html.
- Tagesschau.de (2016d): Privatisierung der Staatsbahn Trainose. Nur einer will die griechische Bahn, unter: www.tagesschau.de/wirtschaft/bahn-griechenland-101.html.
- The Press Project (2014): Anti-corruption prosecutor launches investigation into privatisation deal for former airport, 18 December 2014, www.thepressproject.gr/details_en.php?aid=70508.
- Troost, Axel (2015): Der griechische 50 Milliarden-Fonds – eine vorläufige Einschätzung, unter: www.axel-troost.de/serveDocument.php?id=2960&file=a/7/b91.pdf.
- Vila, Sol Trumbo/Peters, Matthijs (2016): The Privatising Industry in Europe. Transnational Institute (TNI), unter: www.tni.org/files/publication-downloads/tni_privatising_industry_in_europe.pdf.
- Volkswagen AG (2015): Aktionärsstruktur, unter: www.volkswagenag.com/content/vwcorp/content/de/investor_relations/share/Shareholder_Structure.html.
- zdf.de (2015): Ein Land droht verschleudert zu werden. Die Privatisierung Griechenlands, unter: www.zdf.de/auslandsjournal/auslandsjournal-vom-22.-juli-2015-39378246.html²
- Zschäpitz, Holger (2011): Griechische Staatsanleihen kosten 25 Prozent Zinsen, unter: www.welt.de/finanzen/article13282956/Griechische-Staatsanleihen-kosten-25-Prozent-Zinsen.html.

² Diese Seite ist aus staatsvertraglichen Gründen leider nicht mehr erreichbar. Mir liegt aber der Ausdruck vor.

Der Autor

Egbert Scheunemann, geb. 1958, hat in Hamburg Politologie und Philosophie studiert mit den Schwerpunkten Politische Ökonomie und Erkenntnistheorie/Naturphilosophie. Der promovierte Sozialwissenschaftler hat zahlreiche Artikel und Bücher zu Griechenland (Kreta) und zur Kritik am Neoliberalismus publiziert.

**Rosa-Luxemburg-Stiftung
Verbindungsbüro Griechenland**

Kallidromiou 17
10680 Athen, Griechenland
www.rosalux.gr



Verantwortlich für die Publikation

Dr. Martin Schirdewan

Autor

Dr. Egbert Scheunemann

Lektorat

TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout, Umschlag

Erifili Arapoglou – enARTE

Druck

MediaService GmbH Druck
und Kommunikation

Athen, Dezember 2016

Diese Publikation ist kostenfrei erhältlich.

Für weitere Exemplare (in Deutsch oder Englisch)
wenden Sie sich an das Büro in Brüssel oder
das Verbindungsbüro Griechenland:

**Rosa-Luxemburg-Stiftung
Office in Greece**

Kallidromiou 17
10680 Athen, Griechenland
www.rosalux.gr

**Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brussels Office**

Ave. Michel-Ange 11
1000 Brussels, Belgium
www.rosalux.eu

Diese Publikation ebenso wie die meisten Aktivitäten des Verbindungsbüros Griechenland der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde durch Mittel des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland finanziert.

